

- § 116
- Druckerstreik in GB
- Bergarbeiter
- Neue Heimat

BRD und Großbritannien

Gewerkschaften vor dem Zaun



Bonn



London

Der 1. Mai als »Tag der Arbeit«: Diesen Namen gaben die Nazis dem »internationalen Kampftag der Arbeiterklasse«. Vom »internationalen Kampftag« sprachen in der Vergangenheit nur einige linke Gruppen. Die Gewerkschaften hingegen konnten über Jahrzehnte auf ihre »Errungenschaften«, Reformen und Lebensstandard der Arbeiter, verweisen und weitere Verbesserungen für die Arbeiter und Angestellten fordern.

Mit der Krise ist das anders geworden. Heute werden »Errungenschaften« und Reformen von Kapital und Regierung ausgehöhlt

und angegriffen. Die Gewerkschaften sollen gefügig gemacht werden im Interesse des »Allgemeinwohls«, was nichts anderes bedeutet als die Konkurrenzfähigkeit des westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt, sie sollen in der »notwendigen« technologischen Entwicklung als Ordnungsfaktor wirken.

Die Novellierung des § 116 ist ein Meilenstein, aber noch lange nicht das Ende des Weges, der beschritten wird. Wohin die Reise geht, können die Gewerkschaftsmitglieder am Beispiel Großbritanniens sehen, wo nun seit Wochen die Drucker der Murdoch-

Fortsetzung S. 1

US-Angriff auf Libyen

Zwei Tage, die uns die drohende Kriegsgefahr und den »Schutz« durch die USA vor Augen führten!

Der in allen Einzelheiten und von langer Hand vorbereitete amerikanische Bombenangriff auf Libyen zeigt:

- Die weltpolitische Polarisierung der Klassengegensätze: Auf der einen Seite die USA und deren Verbündete, auf der anderen Seite die sozialistischen Staaten und die um ihre Befreiung kämpfenden Entwicklungsländer;

- Daß die USA und das westliche kapitalistische Lager immer weniger in der Lage sind, ihre weltpolitischen Interessen mit **finanziellen** Mitteln (Entwicklungshilfe) durchzusetzen. Der israelische Premier Peres wirbt in den USA und Europa dafür, einen Marshall-Plan für die Stützung Israels und der gemäßigten arabischen Länder aufzulegen. Aber dazu fehlen **heute** die entscheidenden Voraussetzungen: Die Kapitalansammlung in den USA im 2. Weltkrieg durch die Kriegsgewinne und Rüstungslieferungen an die kriegsführenden Länder einerseits und die weitgehende Zerstörung der Produktionsanlagen am Ende des Kriegs in den Industrieländern Mittel- und Westeuropas andererseits, wobei die USA von direkten Kriegseinwirkungen verschont blieben.

- Die vorangegangene Militäraktion der US-Marine in der großen Syrte galt nicht der »Freiheit der Meere«, sondern war bereits eine Provokation der USA gegen Libyen.

- Die USA und ihre Verbündeten müssen jetzt mit **militärischen** Mitteln versuchen, das Vordringen der sozialen Revolution im Nahen Osten und Afrika (und auf dem amerikanischen Kontinent) zurückzuwerfen. Die soziale Revolution wird infolge der Weltwirtschaftskrise und des Rückganges der Erdölproduktion und der sich daraus ergebenden Rückkehr der — meist arabischen — Gastarbeiter in ihre Herkunftsländer vorangetrieben.

Jüngste Meldungen aus Nahost zeigen, wie bedrohlich die Entwicklungen westlichem Einfluß entgleiten und warum die USA **militärische** Lösungen suchen:

- Ägypten, die erste arabische Macht, ist innen- wie außenpolitisch stark gefährdet. Mit Verhandlungen um 800 m Sandstrand am Roten Meer (Taba) versucht Israel, das Interesse Ägyptens am Camp-David-Vertrag wachzuhalten und dessen Rückmarsch in das arabische Lager zu verhindern. Das Herausbrechen Ägyptens aus dem arabischen Lager mit Hilfe des Camp David-Abkommens wurde 1979 als Glanzeistung der amerikanischen Nahostdiplomatie gefeiert.

Fortsetzung letzte Seite

Druckerei im Kampf gegen ihre Entlassung stehen. In der BRD versuchen Unternehmer und Regierung, die Gewerkschaften in das Korsett eines — für die kapitalistischen Konkurrenzinteressen maßgeschneiderten — Streikrechts zu zwingen. In Großbritannien, wo verschärfte Gewerkschaftsgesetze schon in Kraft sind und angewendet werden, stehen die entlassenen Drucker der Murdoch-Druckerei mit verzweifelter Wut vor der festungsartigen Druckerei, während im Innern der Festung Mitglieder der Elektrikergewerkschaft, die gegen Geld auf Streiks verzichtet hat, die Arbeit der Drucker machen. Die Entwicklung modernster Technik, vorangetrieben und hervorgebracht durch den kapitalistischen Konkurrenzkampf, hat ihnen ihre bisher stärkste Waffe geraubt — den Streik.

Es gibt nicht nur Parallelen und Gemeinsamkeiten zwischen der Veränderung des Streikrechts hier und den Gewerkschaftsgesetzen in Großbritannien, zwischen der Regierung Thatcher und Kohl, es gibt auch Gemeinsamkeiten in der Hilflosigkeit der traditionellen Gewerkschaftspolitik. Die britischen Gewerkschaften stehen heute vor den gleichen Schranken des nur-gewerkschaftlichen Kampfes wie die westdeutschen Gewerkschaften.

Bei allen Unterschieden und Besonderheiten: Hier wie dort kennt die reformistische Politik der Gewerkschaften nur einen politischen «Ausweg», und das ist das Parlament, die Hoffnung in eine Labour- oder SPD-Regierung. Aber weder in der BRD noch in Großbritannien

gibt es einen parlamentarischen Spielraum, die Interessen von Arbeitern und Kapital zu versöhnen.

Allem voran steht das Interesse, die Konkurrenzposition auf dem kapitalistischen Weltmarkt zu sichern und auszubauen — durch «Modernisierungs»-Wellen und «technischen Fortschritt» in der Produktion. In Frankreich hat gerade eine sozialistische Regierung abgedankt, die dieser Illusion folgte, kapitalistische «Modernisierung» und Arbeiterinteressen miteinander zu verbinden. Damit wurden nicht nur die Illusionen in eine «linke» Marktwirtschaft zerstört, sondern wurde auch der bürgerlichen Reaktion der Weg zu den Ministerbänken geebnet. Die Enttäuschung über das Scheitern des Reformismus kam darüber hinaus den Faschisten zugute.

Der 1. Mai ist wieder «international» geworden, nicht durch linkes Pathos und Parolen, wohl aber durch die Probleme und die daraus erwachsenden Aufgaben, die auf die klassenbewußten Kräfte zukommen.

Wenn wir in dieser Ausgabe der «Arbeiterpolitik» sowohl zu der Kampagne gegen die Neufassung des § 116 in der BRD als auch zum britischen Druckerstreik Stellung nehmen und berichten, so hat das genau den Grund, daß sich die klassenbewußten Kollegen, so wenige wir derzeit auch sein mögen, mit diesen Zusammenhängen befassen müssen. Anders bleibt auch der vorhandene Protest in der BRD richtungslos, gleitet in die Resignation ab und zersetzt die noch verbleibenden gewerkschaftlichen Zusammenhänge. ■

Abstimmung zum § 116:

Ein Schritt vor, zwei zurück

In diesem Jahr steht der 1. Mai ganz im Zeichen der Kampagne gegen die Neufassung des § 116. Seit fast zwei Wochen liegt das Ergebnis der «Arbeitnehmerbefragung» des DGB vor, und das Stimmresultat erscheint beeindruckend, dokumentiert es doch noch einmal die Breite des Protests und Unmutes in den Betrieben. Aber was drückt sich in dieser Zahl aus, was bewirkt eine solche Abstimmung, die durch die Einbeziehung der Unorganisierten wie eine «Volksbefragung» durchgeführt wurde?

Die Befragungsaktion hat anfangs Unverständnis bei aktiven Kollegen hervorgerufen; bei jenen, die die vorangegangenen Aktionen hauptsächlich organisiert und getragen haben. War das nun die Antwort auf ihre Frage nach dem «Wie weiter?», die seit Ende letzten Jahres immer wieder diskutiert wurde und sich jetzt erst recht aufdrängt. In den Augen vieler aktiven Kollegen ist diese Abstimmung kein Schritt vorwärts, sondern eher ein Rückschritt. Warum ging es nicht weiter?

Vom 6. März zur «Arbeitnehmerbefragung»

Schon die Demonstrationen, Massenversammlungen und Streiks am 6. März hatten die Breite des Protests gezeigt. Im Gegensatz aber zur darauf folgenden «Arbeitnehmerbefragung» wurde diese Breite durch praktisches Handeln, in vielen Betrieben sogar durch Streiks erreicht, bei denen die Kollegen Lohninbußen hinnahmen. Diese Protestaktionen hoben sich von den bisherigen Demonstrationen und Streiks dadurch ab, daß neue Kräfte aus fast allen Einzelgewerkschaften hinzukamen, während in den Bereichen, in denen bislang am meisten getan worden war, die Bereitschaft oft merklich nachließ. Für diese Kollegen waren die Versammlungen schließlich auch keine Steigerung ihrer bisherigen Aktionen.

Insgesamt aber fand damit eine Ausgleichung der Kräfte statt, die IGM stand nicht mehr alleine da. Von der Breite des Protests, der Aktionsbereitschaft bis dahin passiver Bereiche waren selbst die Gewerkschaftsführungen überrascht. Aber was nach außen hin wie

eine Bestätigung ihrer Politik aussah, brachte sie in Wirklichkeit in Schwierigkeiten. Was sollte nun noch folgen?

Am Anfang scheuten die Gewerkschaften die Auseinandersetzung, beließen es bei «Gesprächen» mit Regierung und Unternehmen. Die Auseinandersetzung wurde ihnen von den Unternehmern aufgezwungen.

Was folgte, war die Politik der «Radikalität von oben», die Gewerkschaften setzten eine Mobilisierungsmaschinerie in Gang, wobei sie sich auf die Aktionsbereitschaft und die aktiven, organisierten Kollegen in den Betrieben stützen mußten. Diese Kollegen bekamen auf ihre Fragen nach nicht nur quantitativer, sondern auch qualitativer, politischer Steigerung der Aktionen keine Antwort.

Mit dem 6. März erreichte der DGB eine Grenze, wo eine politische Steigerung der Aktionen nur noch die offene Konfrontation mit dem Unternehmerlager bedeuten konnte. Daß die Vertreter des DGB überall betonten, es handele sich bei den Aktionen nicht um politische Streiks, man wolle lediglich gegen die Politik der Bundesregierung demonstrieren, während zum Teil ganze Belegschaften auf eigenes Risiko faktisch politische Streiks durchführten — das kennzeichnet den Widerspruch, in dem sich der DGB befand.

Inhaltsverzeichnis

Gewerkschaften vor dem Zaun	1
US-Angriff auf Libyen	1
Abstimmung zum § 116	2
Druckerstreik in Großbritannien	4
Bergarbeiter: ein Jahr nach dem Streik	9
Verwirrspiel um die Neue Heimat	10
NRW: Widerstand der NH-Beschäftigten	11
HH: SPD-Senat hat kein «Herz für Kinder»	13
HH: «Jugend hilft Service» —	
Geschäft mit arbeitslosen Jugendlichen	15

Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
F. Lübke - Herstellung und Vertrieb: GFSA - Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15
Postcheck Hamburg 4100 77-205, BLZ 200 100 20

Durch die »Arbeitnehmerbefragung« hat nun der DGB versucht, diesen Widerspruch so zu lösen, indem er ihn auf die parlamentarische und Wahlebene verschob. Dabei hat er in der Befragung das Maximum an Breite des Protestes erreicht, was überhaupt möglich ist — mehr als die Unorganisierten kann man nicht erreichen. Positiv ist diese Befragung vor allem bei den Teilen der Angestellten und Arbeitern aufgenommen worden, die sich bisher kaum an Aktionen beteiligt haben. Denjenigen Kollegen, die in der Vergangenheit ihre politische Meinung oder ihren Protest nur bei Wahlen ausgedrückt haben, gab der DGB mit seinem Stimmzettel ein geübtes Instrument in die Hand.

Größere Bedeutung bekam der Stimmzettel, wo die Abstimmung gegen den Widerstand, bzw. das Verbot der Unternehmer durchgeführt wurde (wie z. B. in den kleinen Metallhandwerksbetrieben in Nordrhein-Westfalen). Dort stimmten die Kollegen nach dem Motto »jetzt erst recht« ab.

Aber eben weil in solchen Betrieben der Widerstand der einzelnen Unternehmer die Abstimmungen noch politisierte, haben andere Unternehmer von vorneherein auf die Konfrontation verzichtet und mit dem Betriebsrat und der Gewerkschaft einvernehmliche Regelungen getroffen. Wie politisch »flexibel« sich dabei Unternehmer zeigten, sieht man am Beispiel des führenden Gesamtmetallmitgliedes Thiele (MAN). Während er für die Rundschreiben an seine Unternehmerkollegen verantwortlich zeichnete, worin das Verbot der Abstimmungen in den Betrieben gefordert wird, ließ er die Abstimmung in »seinem« Zweigwerk in Salzgitter zu.

Mit der »Arbeitnehmerbefragung« hat der DGB nicht nur versucht, den Protest zu kanalisieren. Im Gegensatz zu den bisherigen Aktionen hat er sich nun nicht mehr hauptsächlich auf die aktiven, sondern die **passiven** Elemente gestützt (auch wenn die organisatorische Durchführung der Befragung nur von den aktiven Kollegen gewährleistet werden konnte). Es war ja keine Urabstimmung unter den Mitgliedern, sondern eine Abstimmung aller Arbeiter und Angestellten.

Besondere Blüten hat die Einbeziehung der Unorganisierten bei der GEW getrieben: An die Mitglieder wurden — beiliegend dem Organ der GEW »Erziehung und Wissenschaft« — Stimmzettel und Kuvert verschickt, die Unorganisierten aber, so der Auftrag an die Betriebsgruppen, sollten in den Schulen abstimmen.

Damit ging auch das letzte positive Moment an der Befragung verloren: die Abstimmung zur gemeinsamen Demonstration zu machen, dadurch auch die Auseinandersetzung zwischen Organisierten und Unorganisierten zu fördern.

Die Einbeziehung der Unorganisierten hat aber auch noch eine Kehrseite: Da stimmen nun Unorganisierte darüber ab, ob sie für den »Erhalt der Streikfähigkeit der Gewerkschaften« sind. Ist das nicht genau das Verfahren, was die Unternehmer und ihre Parlamentarier fordern: daß auch die Unorganisierten über Streiks abzustimmen haben? Was sagt denn der DGB, wenn bei den nächsten Streiks sich die Unternehmer eben auf diese Abstimmung berufen?

Die Einbeziehung der Unorganisierten in die Abstimmungen gibt der ganzen Befragung einen parlamentarischen Anstrich. So bekommen die Abstimmungen den Charakter einer »Vorwahl«. Darauf läuft alles hinaus: Der DGB setzt auf die kommenden Wahlen und das Verfassungsgericht.

»Dampf ablassen«...

Eben weil die Befragungsaktion keine Steigerung der bisherigen Aktionen darstellt, sondern den vorhandenen Protest und die Unruhe kanalisiert, treffen sich hier die Interessen von Unternehmern und DGB. Beide Seiten gehen dabei natürlich nicht offen vor: Im DGB wurden zum Teil krampfhaft Informationen über Repressalien der Unternehmer gesucht, umgekehrt ergehen sich die bürgerlichen Gazetten, wie etwa die FAZ, Tag für Tag in Reflexionen über die Verfassungsmäßigkeit solcher Befragungen (weil sie zu viel »direkte Demokratie« darstellen). Andererseits aber sind die Unternehmer oft in ihren Betrieben viel kompromißbereiter, während auf der anderen Seite — beim DGB — zur Mäßigung aufgerufen wird: Vor der Befragungsaktion wurden an Sekretäre Anweisungen verschickt, in denen vor Konfrontationen mit den Unternehmern gewarnt wurde.

Gewerkschaften und Unternehmer wollen keine Steigerung der Unruhe in den Betrieben. Würde sich diese Unruhe weiter ausbreiten — etwa durch Provokationen der Unternehmer — entstände für den DGB wie die Unternehmer die Gefahr, daß klassenkämpferische Kräfte in den Betrieben und Gewerkschaften an Boden gewinnen. Der »politische Dampf«, der abgelassen werden muß, ist ja zum Teil schon da.

Das zeigt sich zum Beispiel an der Forderung nach dem Gewerkschaftsausschluß von Norbert Blüm. Nicht daß ein solcher Ausschluß praktisch viel verändern würde, aber er würde ein Zeichen setzen, das den leeren Hüllen der »Einheitsgewerkschaft« ein Ende bereiten würde. Der Jugendtag der IGM hat diese Forderung verabschiedet, und trotz aller Beschwörungen der »Einheitsgewerkschaft« konnte der anwesende Hans Mayr die Delegierten nicht von diesem Beschluß abbringen. Die Geister, die er rief, er wird sie nicht mehr los: Seit der »Wende« trommelt der DGB gegen Blüm, aber wenn seine Führung beim Wort genommen wird, kneift sie und widersetzt sich dem Anliegen der aktiven Mitglieder.

... und Orientierung auf die SPD-Wahl

In der Kanalisierung des Protestes auf die nächsten Landtagswahlen und die Bundestagswahl gibt es keine Unterschiede zwischen den verschiedenen »Linien« in den Gewerkschaftsführungen. Hermann Rappe von der IG Chemie hat von Anfang an vertreten, nur neue parlamentarische Mehrheiten könnten das Gesetz wirksam vom Tisch schaffen. Mittlerweile trennt ihn in dieser Frage kaum etwas von dem »linken« Detlef Hensche (IG Druck). Der schrieb in der »Druck und Papier« (v. 31. 3. 1986):

»Die verfassungsrechtliche Überprüfung (des §116, d. Red.) hängt ganz entscheidend von der öffentlichen Meinung ab, von der Glaubwürdigkeit und Massenhaftigkeit des gewerkschaftlichen Widerstandes. Auch deshalb waren und sind die Protestaktionen des DGB wichtig.

Wahlen stehen ins Haus. Sie sind ein Spiegel der Mehrheitsfähigkeit politischer Ziele. Eine entschlossen und deshalb überzeugend auftretende Gewerkschaftsbewegung kann dazu beitragen, daß die Interessen der Arbeiter und Angestellten auf die Wahlentscheidung durchschlagen.«

Wenige Zeilen später fordert er, daß Schluß gemacht wird mit der sozialpartnerschaftlichen Demütigung vor Regierung und Unternehmern, fordert er ein neues »Selbstbewußtsein«. Was das heißt, klingt kämpferisch: *»Notwendig sind vielmehr gewerkschaftspolitische Antworten. Wo steht z. B. geschrieben, daß der Arbeitskampf vor dem Werkstor stattzufinden hat?«* Dies als eine Perspektive, *»solange dieser gesetzliche Wechselbalg nicht beseitigt ist.«* Im Druckerstreik 1984 wäre der Hinweis auf Betriebsbesetzungen notwendig gewesen. Damals schwieg Hensche dazu. Heute geht es um den Kampf gegen den § 116 in seiner neuen Form. Und da lenken solche linken Sprüche ab. Konkret bleiben bei Hensche, wie bei Rappe, Steinkühler und den anderen Gewerkschaftsführern, nur die Wahlen übrig.

Bei einer breiten Schicht der Arbeiter kommt diese Propaganda an. In der Hilflosigkeit und Perspektivlosigkeit klammert man sich an jeden Strohalm. So kehrt die Kampagne an ihren Ausgangspunkt zurück — **nach** praktischen Aktionen, wie Streiks und Demonstrationen: Von den Landtags- über die Bundestagswahlen bis hin zu einem vielleicht günstigen Verfassungsgerichtsurteil — alle parlamentarischen und rechtlichen Institutionen werden abgegrast, um irgendwo noch einen Hoffnungsschimmer entdecken zu können.

Aufkleber der Initiative »Arbeitnehmer für Gerhard Schröder« zur Niedersachsenwahl

116

prozentig: Quittung am 15. Juni.



Besonders deutlich wird das in Niedersachsen, wo im Juni Landtagswahlen anstehen. Hier verteilten Mitglieder der SPD Aufkleber der »Arbeitnehmerinitiative für Schröder« mit der prägnanten Aufschrift: »116prozentig: Quittung am 15. Juni.« Die Aufkleber fanden reißenden Absatz. Schon vorher war den Kollegen von einigen Funktionären damit Hoffnung gemacht worden, daß ein SPD-Sieg in Niedersachsen die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat brechen würde, und der Bundesrat würde dann die Gesetzesvorlage ablehnen.

Die Gewerkschaften können heute an die Hoffnungen der Arbeiter in die SPD anknüpfen. Das erleichtert es ihnen, auf die heutige Bundesregierung als den Hauptschuldigen zu verweisen. Aber damit werden die vorhandenen Widersprüche und Probleme nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Was spricht dafür, daß es unter einer SPD-Regierung (sollte sie überhaupt im Januar 1987 zustande kommen) »besser wird«, wie es sich viele erhoffen und dabei den Gewerkschaften folgen? Vogel hat gesagt, die SPD würde den §116 binnen hundert Tagen in seiner ursprünglichen Form wiederherstellen. Aber der Kanzlerkandidat Rau hat auch gesagt, die SPD würde alle Verschlechterungen der Sozialleistungen zurücknehmen, bis er diese Aussage selber zurücknehmen mußte, weil ihn die Partei zurückpiff.

Die SPD-Führung kennt selber gut genug die Hoffnungen, die in sie gesetzt werden, deshalb verspricht sie zwar auf der einen Seite sehr schnell sehr viel, aber auf der anderen Seite wird es wieder rückgängig gemacht — wie es jüngst mit der Vorlage des nord-rhein-westfälischen Arbeitsministers Farthmann zum Wirtschaftsprogramm der SPD geschehen ist, in der er die »Grenzen des Marktes« kennzeichnet und ein wenig mehr »Investitionslenkung« fordert. Prompt haben sich Rau und der SPD-Wirtschaftssprecher Roth davon distanziert. Denn die Sozialdemokratie steht mit diesen Widersprüchen an denselben Grenzen wie der DGB heute.

Der DGB schiebt alles auf die parlamentarische Ebene, aber wenn die Illusionen in einen solchen »Ausweg« zerschellen, werden die Probleme und Widersprüche mit um so größerer Wucht auf die Gewerkschaften zurückkommen. Und dann droht den Gewerkschaften, daß sie für nicht eingelöste Versprechen verantwortlich gemacht werden.

Streik der Drucker in London

Abgesang auf eine kämpferische Gewerkschaftstradition?

Ein Jahr nach dem Ende des Bergarbeiterstreiks scheinen die Nachrichten über den Streik der Drucker beim Londoner Zeitungsverlag des Medienmultis Murdoch die Befürchtungen all derer zu bestätigen, die mit der Niederlage der Miners den Anfang vom Ende der britischen Gewerkschaftsbewegung gekommen sahen. »Die Gewerkschaften in Murdochs Netz gefangen« — so lauten die Schlagzeilen zu den Bildern von den Druckereiarbeitern, die im Osten Londons eine scheinbar uneinnehmbare, mit Nato-Draht, Betonmauern und elektronischen Kameras gesicherte Festung bestreiken. Den 5500 Beschäftigten wurde gekündigt, als sie für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze in den Streik traten. Was sind die Ursachen dieser Auseinandersetzung und was hat sich verändert in der britischen Arbeiterbewegung, daß ein Zeitungsunternehmer heute versuchen kann, den entschlossenen Widerstand der Kollegen der britischen Druckergewerkschaften — traditionell die gewerkschaftlich am besten organisierten Arbeiter Großbritanniens — buchstäblich auszuhebeln?

Ursachen und Hintergründe des Arbeitskampfes

Der Anlaß dieses Streiks ist der Versuch Rupert Murdochs, des größten britischen Zeitungsverlegers, beim Zeitungsunternehmen News International (NI), eine Produktion ohne die in den Druckergewerkschaften NGA und SOGAT organisierten Arbeiter der Konzernbelegschaft aufzuziehen. »Sun« (die »englische Bild-Zeitung« mit einer Auflage von 4,1 Mio.), »Times« (Auflage 530 000), »Sunday Times« sowie das Sonntagssensationsblatt »News of the World« (5,1 Mio.) sollen in einem mit modernsten Techniken ausgestatteten neuen Druckzentrum im ehemaligen Hafengebiet des Londoner

Die aktiven Kollegen

Als bei einer Konferenz der Vertrauenskörperleitungen in Bremen die »Arbeitnehmerbefragung« angekündigt wurde, brachen Kollegen in Gelächter aus. »Man kann doch nicht eine Kampagne beenden, wie man sie angefangen hat«, so ähnlich waren überall Bedenken zu hören. Die aktiven Kollegen haben sich von der Befragungsaktion nicht viel erwartet, auch wenn sie diese selber diszipliniert organisiert haben.

Es geht ja nicht darum, die Abstimmung oder Befragung als ein politisches Mittel grundsätzlich abzulehnen. Nur: als der DGB noch mit Regierung und Unternehmern Gespräche führte, wurden schon Unterschriften gesammelt, Resolutionen in Betriebsversammlungen verabschiedet. Weil nun der DGB mit der Befragung an den Anfang der Kampagne zurückkehrt, ist bei vielen aktiven Kollegen der Eindruck entstanden, daß dies auch der Schlußpunkt sein soll.

Daß sich die DGB-Führung nun nicht mehr auf sie stützt, daß die Politik der »Radikalität von oben« an ihr (vorläufiges) Ende, bzw. ihre politischen Grenzen gestoßen ist, ist die eine Sache. Umgekehrt haben aber auch viele aktive, auch linke Kollegen Hoffnungen in diese »Radikalität« gesetzt. Mit Streiks und Massendemonstrationen hatte ja der DGB, zumindest zeitweilig, die Erwartungen vieler Linker und aktiver Kollegen erfüllt. Angesichts der Notwendigkeit, breite Massen zu mobilisieren — was nur mit Hilfe der aktiven Kräfte möglich war —, haben die Gewerkschaftsführungen in vielen Bereichen das direkte Zusammengehen, Absprachen usw. von Betrieben verschiedener Branchen und Einzelgewerkschaften zugelassen. Jetzt, wo der DGB politisch einen Schritt zurückmacht, kann an diesen positiven Erfahrungen angeknüpft werden.

Dazu gehört die Erkenntnis, daß — auch wenn die Gewerkschaftsreferenten zeitweilig sehr radikal reden — die Gewerkschaften keine Partei sind und auch nicht sein können. Wo die politischen Grenzen der Gewerkschaften liegen, haben die Protestaktionen vom 6. März und die »Arbeitnehmerbefragung« gezeigt. Wenn nicht gerade aus den aktiven und klassenbewußten Kollegen die Kraft sich herauskristallisiert, die über die nur-gewerkschaftlichen Grenzen hinaus den Weg zum politischen Kampf weisen kann, müssen auch die Gewerkschaften allmählich verkümmern und die Tendenz zur Resignation sich ausbreiten. ■

Ostens hergestellt werden. Mit dem Auszug aus dem traditionellen Londoner Zeitungsviertel in der Fleet Street will Murdoch einen Schlußstrich ziehen unter den notorischen »Ärger« mit den gewerkschaftlich organisierten Zeitungsarbeitern, v. a. den Druckern und Setzern, die jahrelang erfolgreichen Widerstand gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze durch den Einsatz neuer Technologien leisten konnten.

Murdochs Vorgehen ist auch für britische Verhältnisse im siebten Jahr der Regierung Thatcher spektakulär, zeigt sich doch hier eine vollkommen neue Strategie der großen britischen Zeitungskonzerne, die bisher immer den direkten Angriff auf die Gewerkschaften in der Branche umgangen haben.

Ungewöhnlich — aber seit dem Zeitungskonflikt in Warrington vor zwei Jahren und dem Bergarbeiterstreik nicht mehr unbekannt — ist die generalstabsmäßige Vorbereitung des ganzen Unternehmens. Bereits seit 1979, als Murdoch nach dem elfmonatigen Streik bei der »Times« den NI-Konzern übernahm, wurde an der Errichtung des neuen Druckzentrums in Wapping gearbeitet. Gewerkschaftsvertreter bei NI wurden über den Fortgang der Arbeiten informiert, Fachkräfte aus Murdochs Betrieben in der Fleet Street waren beim Aufbau der Maschinen beschäftigt. Die Gefahren für die Arbeitsplätze wurden von Gewerkschaftsseite offenbar als nicht sonderlich beunruhigend eingeschätzt, hatte doch gerade erst der »Times«-Konflikt bewiesen, daß die gewerkschaftlich organisierten Druckereibelegschaften in der Lage waren, weitreichende Arbeitsplatzgarantien bei der Einführung elektronischer Produktionsverfahren durchzusetzen. Immer wieder erklärte die Unternehmensleitung, daß die Arbeitsplätze sicher seien und niemand entlassen würde. SOGAT — die Gewerkschaft des Maschinenper-



Murdoch-Festung in Wapping.

sonals und der Druckereihilfskräfte, schloß bereits eine Vereinbarung über die Arbeitsbedingungen in Wapping ab.

Die Wende in Murdochs Vorgehen deutet sich im Herbst 1984 an, als er erklärt, im Druckzentrum Wapping sollen nicht, wie geplant, seine vier überregionalen Tageszeitungen, sondern eine Regionalzeitung für London gedruckt werden — für Gespräche mit NGA und SOGAT im Rahmen des Verhandlungswesens für überregionale Tageszeitungen bestehe deshalb kein Anlaß mehr. Facharbeiter aus der Fleet Street kommen von diesem Zeitpunkt an nicht mehr in den Betrieb.

Im Verlauf des Jahres 1985 wird deutlich, daß Murdoch auf einen politischen Grundsatzkonflikt mit den Druckgewerkschaften zusteuert. Obwohl NGA und SOGAT zu diesem Zeitpunkt bereits ihre Bereitschaft signalisieren, die Abschaffung des Bleisatzverfahrens und die Direkteingabe von Nachrichten- und Anzeigentexten per Computer durch Journalisten nicht abzulehnen und über eine soziale »Abfederung« des anstehenden Arbeitsplatzabbaus zu verhandeln, läßt Murdoch zwei Verhandlungsrunden im Juni und September im ersten Anlauf scheitern. Gleichzeitig beginnt NI, Arbeitskräfte für eine neue Belegschaft in Wapping anzuwerben. Tatkräftige Hilfe leistet hierbei die Elektrikergewerkschaft EETPU, die die neuen Arbeitskräfte heimlich über ihr Büro in Southampton anwirbt und darauf setzt, von Murdoch als einzig vertretungsbe-rechtigte Gewerkschaft im neuen Druckzentrum anerkannt zu werden.

Als im August 1985 hierüber in britischen Zeitungen berichtet wird, dementiert Murdoch solche Pläne und erklärt, nicht mit der EETPU über die Produktionsverlagerung nach Wapping zu verhandeln. Während betriebliche Funktionäre der SOGAT die Presse wissen lassen, darüber Kenntnisse zu haben, daß in Büros der Elektrikergewerkschaft Anzeigen für Maschinenelektriker in Wapping aushingen, bezeichnet die SOGAT-Vorsitzende Brenda Dean die Erklärungen Murdochs als »hilfreich, das Klima der Spekulation über Wapping zu bereinigen« (Financial Times, 31. 8. 85).

Als am 5. September ein Exemplar einer in Wapping gedruckten Zeitung herausgeschmuggelt wird, ist der Beweis erbracht, daß Murdoch auch ohne SOGAT- und NGA-Mitglieder in Wapping produzieren kann und daß die von der EETPU angeworbenen Arbeiter die Arbeit der Drucker und Setzer machen. Trotzdem wird eine Empfehlung der Londoner SOGAT-Fachgruppe der Maschinenarbeiter, gegen Murdoch in den Streik zu gehen, auf einer Mitgliederversammlung bei NI abgelehnt. Offensichtlich kann die Mehrheit der Kollegen sich immer noch nicht vorstellen, daß in Wapping auch ohne sie produziert werden kann.

Wenn es eines letzten Beweises bedurft hätte, daß Murdoch im Fall Wapping die politische Konfrontation mit NGA und SOGAT suchte, so wurde dieser in den Verhandlungen im November 1985 erbracht. Niemand zuvor hatten die Gewerkschaften in der britischen Druckindustrie so weitreichende Zugeständnisse bei der Einführung neuer Technologien gemacht, wie bei diesem letzten Versuch, den Konfliktfall Wapping auf dem Verhandlungswege beizulegen: Zustimmung zur Einführung der Direkteingabe von Texten und Anzeigen durch die Journalisten (80% der Setzer werden überflüssig); Aufgabe der traditionellen Tätigkeitsabgrenzungen zwischen Druckern, Setzern, Journalisten und Hilfskräften; eine gemeinsame Verpflichtung von Gewerkschaften und Unternehmer

auf Produktivitätssteigerung, Arbeitsplatzsicherheit und partnerschaftliche Beziehungen; eine bindende Schlichtung (vergleichbar mit der »Einigungsstelle« im bundesdeutschen Mitbestimmungswesen), die betriebliche Arbeitskämpfe weitgehend ausschalten soll.

Murdochs Antwort bestand jedoch in Bedingungen, die in der Tat »keine anständige Gewerkschaft auf der Welt akzeptieren kann« (NGA-Generalsekretär Griffiths in »Druck und Papier«, 4/1986): Rechtsverbindlichkeit und gerichtliche Einklagbarkeit aller Vereinbarungen; uneingeschränkte Entscheidungsbefugnis des Managements beim Personaleinsatz; den generellen Verzicht der Gewerkschaften auf Arbeitskampfmaßnahmen; Abschaffung des »closed-shop«, freie Wahl der Gewerkschaft für jeden einzelnen Beschäftigten.

Eine klare politische Provokation der Gewerkschaften also, zumal es sich hinterher herausstellte, daß hier im wahrsten Sinne des Wortes Geisterverhandlungen geführt wurden: Man verhandelte über die Arbeitsbedingungen bei der von Murdoch angekündigten Regionalzeitung »London Post«, über eine Fata Morgana also, denn Murdoch hatte schon längst den Plan gefaßt, seine gesamte Zeitungsproduktion nach Wapping zu verlagern (die »London Post« gibt es bis heute nicht).

»Wir entschieden Anfang 1985« — so verkündet Murdoch später in der ersten in Wapping gedruckten Ausgabe der »Sunday Times« — »daß der einzige Weg, diese Druckerei in Betrieb zu nehmen, darin lag, sie als einen neuen Betrieb zu behandeln und mit Personal außerhalb der bestehenden Belegschaft zu besetzen« (FT v. 3. 2. 86).

»Lehren aus dem Bergarbeiterstreik«: SOGAT und NGA im Arbeitskampf

Als die etwa 5500 Kollegen von NI Mitte Januar in einer Urabstimmung beschließen, in den Streik zu treten (3534 der SOGAT-Mitglieder stimmen dafür, 752 dagegen; NGA 843 zu 117), wissen sie nicht, daß dieser Arbeitskampf Teil von Murdochs Strategie ist. Murdoch entläßt umgehend alle Streikenden. Erst später wird bekannt, daß er von einer renommierten Anwaltsfirma kurz vor Weihnachten den Rat bekommen hatte, den »Austausch« der alten gegen die neue Belegschaft durch die Provokation eines Streiks vorzunehmen. Die Gewerkschaftsgesetze ermöglichen die Entlassung der Streikenden, während des Streiks wird der Beweis erbracht, daß für die ehemaligen Beschäftigten keine Arbeit mehr da ist, Abfindungszahlungen und ähnlicher »Sozialklimbim« werden eingespart.

Murdochs generalstabsmäßige Ausnutzung der neuen Gewerkschaftsgesetze bestimmt die Streiksituation vor der mit modernsten Techniken gesicherten »Festung Wapping«. Nur sechs Streikposten dürfen vor dem einzigen Eingang des Druckzentrums aufgestellt werden, der größte Teil der NGA- und SOGAT-Kollegen versammelt sich abseits, an der Auffahrt zu einer Hauptstraße. Angemeldet ist diese Streikversammlung als Demonstration.

Unter diesen Umständen ist klar, daß die tägliche Auslieferung der Zeitungen aus Wapping nicht verhindert werden kann. Für die Kollegen eine vollkommen neue Streikerfahrung, denn bisher führten NGA und SOGAT ihre Arbeitskämpfe in der Regel innerhalb des Betriebes. Streikposten spielten kaum eine Rolle, wenn einige Facharbeiter oft wochenlang gezielt den Ablauf der Zeitungproduktion lahmlegen konnten.

Ein weiterer juristischer Trick Murdochs soll den Kollegen ihre Ohnmacht vorführen: vor dem Streik wurde das gesamte Unternehmen NI gezielt in mehrere rechtlich selbständige Gesellschaften zerlegt. Murdoch benutzt beim Vertrieb seiner Zeitungen nicht den etablierten Pressegroßhandel, sondern hat ein eigenes Verteilungssystem aufgebaut. Den Transport besorgt TNT, eine der größten Speditionsgesellschaften in Großbritannien, an deren Kapital Murdoch beteiligt ist. Dieses »alternative Vertriebssystem« (FT v. 27. 1. 86) ist ein Kernstück in Murdochs Arbeitskampfstrategie. Die Gewerkschaften dürfen den Vertrieb und die Auslieferung nicht bestreiken, denn solche Arbeitskampfmaßnahmen richten sich formal nicht gegen ein am Konflikt beteiligtes Unternehmen und unterliegen somit dem im Gewerkschaftsgesetz von 1980 festgelegten Verbot von Sympathiestreiks und »secondary picketing« (Aufstellen »betriebsfremder« Streikposten).

Die Arbeitskampftaktik von NGA und SOGAT ist darauf ausgerichtet, Gesetzesverletzungen möglichst zu vermeiden. Keine andere nationale Zeitung soll von dem Arbeitskampf betroffen werden; an die Streikposten wurden Richtlinien herausgegeben, die Einschüchterung von Arbeitswilligen zu unterlassen; alle Aktionen

werden direkt von nationaler Ebene her kontrolliert; oberstes Ziel der Streiktaktik ist die Mobilisierung der »öffentlichen Meinung« für die Sache der Drucker (FT v. 25.1.86).

An der picket line sieht's natürlich etwas anders aus. Immer wieder machen die Kollegen die Erfahrung von Polizeieinsätzen auch bei kleineren Anlässen, die hier wie anderswo inzwischen zum Alltagsbild von Arbeitskämpfen in Großbritannien gehören. Seit Beginn des Streiks gibt es regelmäßig am Samstagabend Protestversammlungen von mehreren tausend Kollegen auch aus anderen Betrieben und Branchen, die z. T. in sit-ins und Straßenblockaden umfunktioniert werden. »Streikposten drehen Murdochs Sicherheitsmaßnahmen gegen ihn« lautet eine Zeitungsschlagzeile, als im Februar eine von 4000 Kollegen durchgeführte Blockade der Zufahrtsstraßen zu Murdochs Betrieb einen derartigen Rückstau von LKW und Streikbrecherbussen verursacht, daß der Betriebsablauf in der Festung an den Rand des Zusammenbruchs gerät.

Solche Aktionen zeigen, daß es durchaus arbeitskampftaktische Mittel gibt, auch einen Hochsicherheitsstrakt wie Wapping wirksam zu bestreiken. Allerdings ist es unter den bestehenden Bedingungen für die Aktiven vor Ort kaum möglich, solche Aktionen durchzuführen und zu verbreitern, wenn die Gewerkschaft sie nicht trägt.

Die Vorsitzende von SOGAT, Brenda Dean, hat die politische Vorstellung, die hinter der Arbeitskampftaktik ihrer Gewerkschaft steht, z. B. in einem Interview mit der Zeitschrift »Marxism Today« zum Ausdruck gebracht. Auf die Frage, welche Lehren SOGAT aus dem Bergarbeiterstreik und dem NGA Konflikt in Warrington gezogen hat, antwortete sie, daß SOGAT versuche, »unseren Fall in einer sehr ruhigen und sachlichen Art und Weise der Öffentlichkeit zu erklären, um deutlich zu machen, daß wir eine demokratische Gewerkschaft sind, daß wir in Übereinstimmung mit dem Gesetz unsere Mitglieder in einer Urabstimmung befragten. Wir waren nicht darauf aus, das Gesetz zu brechen, uns war es nicht recht, das Gesetz zu brechen und wird es auch in Zukunft nicht sein, wir finden es sehr schmerzhaft. Auf diese Weise haben wir, wenn man so will, tatsächlich aus früheren Konflikten gelernt.«

Diese legalistische Haltung hat SOGAT und NGA dennoch nicht vor dem Zugriff der Justiz bewahrt.

● Das gesamte Vermögen von SOGAT in Höhe von 17 Mio. £ wurde wegen »Mißachtung eines Gerichtes« beschlagnahmt. Anlaß war der Aufruf an SOGAT-Mitglieder im Pressegroßhandel, Murdoch-Titel zu boykottieren. Da Murdoch sein Unternehmen in mehrere rechtlich selbständige Gesellschaften aufgeteilt hat, gelten diese nicht mehr als direkte Abnehmer von NI und unterliegen deshalb dem Verbot von Sympathiestreiks. Im Gegensatz etwa zur NUM im Bergarbeiterstreik verzichtete SOGAT allerdings darauf, das Gewerkschaftsvermögen vor dem Zugriff des Gerichtsvollziehers in Sicherheit zu bringen.

● Auch der NGA wurde die Beschlagnahmung ihres Gewerkschaftsvermögens angedroht, weil Mitglieder in einem Druckbetrieb in Northampton, in dem eine Beilage zu Murdochs »Sunday Times« gedruckt wird, nach einer Urabstimmung in den Streik traten. Der NGA-Hauptvorstand zog seine Aufforderung zum Sympathiestreik in letzter Minute zurück und mußte so »nur« eine Mißachtungsstrafe von 25000 £ zahlen.

● Gegen die Transportarbeitergewerkschaft TGWU, in der die Fahrer der Speditionsgesellschaft TNT organisiert sind, erwirkte NI eine Verfügung, die es der TGWU untersagt, die Fahrer aufzufordern, nicht die Streikpostenkette zu überqueren.

● Der Postgewerkschaft UCW wurde per Gerichtsverfügung untersagt, den Transport der Murdochs Sonntagsblättern beigelegten Bingo-Karten (eine Art Lottoschein) zu boykottieren.

● Die Kollegen, die sich an Streikposten und sit-ins vor Wapping beteiligen, bekommen den Zugriff von Justiz und Polizei täglich zu spüren. Nach Angaben des NGA-Generalsekretärs Griffith werden im Durchschnitt ca. 50 Kollegen pro Woche vorübergehend festgenommen, weil sie den Anordnungen der Polizei zuwiderhandeln. 250 £ beträgt in der Regel die Strafe für Widerstand gegen die Staatsgewalt, nach deren Entrichtung die Kollegen den Knast wieder verlassen dürfen.

»Thatcher-Faktor in der Fleet Street«

»Ich fühle mich wie ein lebenslänglich Verurteilter, der gerade auf freien Fuß gesetzt worden ist. Ich spüre ein wunderbares Gefühl von Freiheit.« (R. Murdoch im Fernsehen.)

In dem Vorgehen von Justiz und Polizei gegen die streikenden Kollegen in Wapping zeigt sich am deutlichsten der **politische Charakter** dieses Arbeitskampfes. Die bürgerliche Presse spricht vom »Thatcher-Faktor in der Fleet Street«. Gemeint ist damit, daß

Text: »Mama und Papa sagen, wir gewinnen. Vielen Dank, daß Sie keine Murdoch-Zeitungen kaufen. 6000 gefeuerte News-International-Mitarbeiter wollen ihre Jobs zurück. Sie brauchen Ihre Hilfe. Kaufen Sie nicht die »Sun«, »News of the World«, »Times«, »Sunday Times«.«

der in Großbritannien seit dem Bergarbeiterstreik schon fast alltägliche Eingriff der Staatsgewalt in Arbeitskämpfe dazu dient, die Gewerkschaften mit politischen Mitteln in ein neues »Modell« von Krisensozialpartnerschaft hineinzuzwingen.

Bis 1979 war es ein (ungeschriebenes) politisches Grundgesetz des britischen Nachkriegskapitalismus, daß der Staat sich aus den Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern im Betrieb weitgehend heraushält. Gesetzliche Regelungen der innerbetrieblichen Machtverhältnisse (wie bei uns z. B. das Betriebsverfassungsgesetz oder die Einschränkung betrieblicher Arbeitskämpfungsmöglichkeiten durch die Rechtsprechung zu Streik und Ausspernung) gab es faktisch nicht. Die Gewerkschaften waren seit dem Gewerkschaftsgesetz von 1906 immer zivilrechtlich immun gewesen, d. h. Verluste von Unternehmen in Arbeitskämpfen konnten keine Schadensersatzansprüche gegen die Gewerkschaften begründen.

Der Verfügungsgewalt des Managements über die Produktionsmittel stand das erkämpfte Recht der Arbeiter und Gewerkschaften gegenüber, die Arbeitsbedingungen im Betrieb zu kontrollieren. Voraussetzung hierzu war, daß **alle** Arbeiter eines Betriebes gewerkschaftlich organisiert sein mußten (closed shop). Niemals jedoch umfaßten die Forderungen der Gewerkschaften den Anspruch, die Produktions- und Investitionsentscheidungen des Unternehmens zu beeinflussen. Die Forderung nach »Mitbestimmung« ist deshalb in der britischen Arbeiterbewegung in den vergangenen Jahrzehnten ein Fremdwort geblieben (die Regelung der politischen Forderungen der Arbeiterklasse an den Staat, z. B. in der Sozialgesetzgebung, überließen die Gewerkschaften ihrem »politischen Arm«, der Labour Party).

In kaum einem anderen Industriezweig war diese Form der Klassen-Koexistenz so ausgeprägt, wie in der Druckindustrie. Vor allem die NGA hat wie kaum eine andere Gewerkschaft den closed shop dazu nutzen können, in Zeiten der Hochkonjunktur eine starke Verhandlungsposition aufzubauen. Als reine Facharbeitergewerkschaft mit einem hohen Organisationsgrad konnte sie über Jahrzehnte hinweg wirkungsvoll den Arbeitsmarkt und damit die Löhne und Arbeitsbedingungen der Drucker und Setzer kontrollieren. Die »shop-stewards«, die sich nach alter handwerklicher Tradition heute noch als »Fathers of the Chapel« (Kapellenväter) bezeichnen, handelten in den Betrieben bis ins Detail Löhne, Akkordsätze, Arbeitstempo usw. aus. In London existierte z. B. jahrzehntelang eine »Preisliste« für alle wichtigen Druck- und Satzarbeiten. Die NGA ist die Gewerkschaft der wohlhabendsten Arbeiter Großbrit-

tanniens, z.T. werden in der Zeitungsindustrie Facharbeiterlöhne von 6000—7000DM pro Monat gezahlt.

Angesichts der Umstrukturierung infolge der Krise der kapitalistischen Produktion müssen die Kollegen in den Londoner Zeitungsbetrieben heute die Erfahrung machen, daß diese Bedingungen auch durch noch so radikal geführte Kämpfe im einzelnen Betrieb nicht mehr aufrechtzuerhalten sind. Dies aus zwei Gründen:

Zum ersten hat die beschleunigte Einführung elektronischer Satz- und Druckverfahren das »Facharbeitermonopol« der Drucker und Setzer gebrochen. »Flexibilisierung« der Arbeitsbedingungen und Ausschaltung betrieblicher Streikaktionen lautet heute die Parole der Unternehmer. Immer wieder kommt in den Berichten über den Arbeitskampf in Wapping zum Ausdruck, daß viele Drucker und Setzer es sich einfach nicht vorstellen können, daß Murdoch eine Zeitung ohne sie produzieren könnte. Im Gegensatz zu früheren Arbeitskämpfen — etwa dem »Times«-Konflikt von 1979 — gelingt es Murdoch heute, mehr als die Hälfte seiner normalen Produktion regelmäßig auf den Markt zu bringen (er selbst spricht von 70%).

Zum zweiten befinden sich die Konkurrenzbedingungen des Kapitals in der britischen Zeitungsindustrie in einem radikalen Umbruch. Bis in die Gegenwart war der nationale Zeitungsmarkt ausschließlich von einigen wenigen Konzernen in der Fleet Street beherrscht. Keiner dieser Konzerne konnte es sich leisten, einen längeren Arbeitskampf gegen die gewerkschaftlich organisierten Belegschaften zu führen, wenn er nicht in kurzer Zeit Leser und Anzeigen an die Konkurrenz verlieren wollte. Die Abwehrfront der etablierten Zeitungskonzerne gegen Newcomer in der Branche bewirkte zugleich, daß auch die »Androhung von Betriebsschließungen, die das Druckmittel der Veränderung in vielen anderen Zweigen der britischen Industrie waren, keine Überzeugungskraft besaßen« (FT v. 28.1.86).

Die Zeitungskonzerne waren somit durch Streiks kleiner Facharbeitergruppen leicht verwundbar. Deshalb haben die Gewerkschaften der Londoner Druckindustrie ihre Streiks immer nur gegen einzelne Unternehmer, nicht aber gegen alle Zeitungskonzerne zugleich geführt. Durch das Entstehen einer Konkurrenz von billigen Massenblättern ändern sich die Kampfbedingungen der Drucker und Setzer heute grundlegend.

Zeitungsunternehmer in der Provinz demonstrieren seit einigen Jahren, wie man mit neuen Techniken und ohne gewerkschaftlich organisierte Drucker und Setzer mit Billigblättern Gewinne macht. Vorreiter ist der Verleger Eddie Shah, der vor zwei Jahren nach einem wochenlangen Arbeitskampf die NGA aus seinen Betrieben drängte. Der Start eines nationalen Massenblattes durch Shah am 1. März dieses Jahres hat in der Londoner Zeitungsindustrie einen regelrechten Dambruch bewirkt. Die etablierten Zeitungskonzerne sind nun einer direkten Niedrigpreiskonkurrenz ausgesetzt und haben ihrerseits Rationalisierungsprogramme angekündigt, die jeweils tausende von Arbeitsplätzen in den einzelnen Betrieben vernichten werden.

Die Londoner Druckereiarbeiter stehen heute vor einer gänzlich veränderten Kampffront mit dem Unternehmer. »Die Kombination von Mr. Shah und der Arbeitsgesetzgebung der Regierung (die ein wichtiger Faktor über Mr. Shahs früheren Sieg über die Drucker und Setzer in der Provinz waren) hat die Unternehmensleitungen in Fleet Street befähigt, auf Reformen zu bestehen, die früher undenkbar waren« (FT 28.1.86). NGA und SOGAT haben aber trotz dieser Situationen keine Voraussetzungen für einen Kampf aller Londoner Zeitungsbelegschaften gegen die Rationalisierungspläne des Kapitals getroffen. Im Gegenteil: der traditionellen Streiktaktik folgend wurde anderen Zeitungsunternehmern durch die SOGAT-Vorsitzende Dean in der Presse Stillhalten zugesichert.

EETPU: Krisensozialpartnerschaft neuen Typs

Wie schon der Bergarbeiterstreik, zeigen auch die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in der britischen Druckindustrie, daß der Angriff von Unternehmern und Staat auf die Existenzbedingungen der Zeitungsarbeiter eine politische Antwort der Arbeiterbewegung erfordert, die nur darin bestehen kann, daß die Belegschaften der Londoner Zeitungsindustrie gemeinsam und über die Schranken der einzelnen Betriebe hinweg den Widerstand gegen die Unternehmerklasse aufnehmen. Der Kampf der Londoner Zeitungsdrucker zeigt aber auch die Schwierigkeiten eines solchen Ausweges.

Murdochs »thatcheristische Revolution« in der Druckindustrie wäre von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt gewesen, hätte er nicht auf die Kollaboration einer Mitglieds-gewerkschaft des TUC zählen können. Die Elektrikergewerkschaft EETPU hat für ihn die

Drekarbeit der Rekrutierung neuen Personals übernommen und hat sich damit zur Speerspitze eines neuen Typs sozialpartnerschaftlicher Politik innerhalb des TUC gemacht, die seit dem Ende des Bergarbeiterstreiks rapide an Boden gewonnen hat. Der »Hammondismus« (der Name des EETPU-Vorsitzenden wurde schnell zum Markenzeichen der neuen Richtung) ist ein Jahr nach dem Bergarbeiterstreik ein politischer Faktor in der britischen Gewerkschaftsbewegung geworden, der den traditionellen Gewerkschaftsreformismus des TUC-Zentrums mit Erfolg von rechts untergräbt.

Der Vorstoß einer Elektrikergewerkschaft in die Druckindustrie erklärt sich aus der Strategie dieser Gewerkschaft bei der Anwerbung neuer Mitglieder: »Elektriker folgen dem Elektron«, so lautet das Motto. Hammond und seine Kollegen haben die Zeichen der Zeit erkannt und sich nach dem Vorbild vieler US-Gewerkschaften auf moderne »Business-Methoden« eingestellt. Arbeitsmarktanalysen haben ihnen den Weg gewiesen, neue Mitglieder in Industriezweigen anzuwerben, die die Facharbeitergewerkschaften alten Typs immer als Tabuzonen betrachtet haben: so z.B. in den seit etwa zehn Jahren entstandenen Produktionszentren multinationaler Konzerne der Elektroindustrie in »strukturell schwachen Gebieten« wie Schottland oder Süd-Wales. Hier hat sich die EETPU inzwischen sehr erfolgreich als Betriebsgewerkschaft etablieren können und z.B. in Tochterunternehmen japanischer Konzerne (z.B. Hitachi und Sanyo) das alleinige Recht zur Vertretung der Beschäftigten erhalten. Im Gegenzug unterschrieb die EETPU Streikverzichtsklauseln.

Ein solches Abkommen schloß die EETPU im Sommer 1985 auch erstmals in der Druckindustrie ab — mit dem neuen nationalen Zeitungsunternehmen von Eddie Shah. Zur gleichen Zeit begannen die Verhandlungen über einen ähnlichen Anti-Streikpakt bei Murdoch. »Das Zeitungsvertragspaket der EETPU« — so schrieb die Financial Times damals — »wird sicherlich das Interesse einer Anzahl nationaler und regionaler Pressearbeitgeber finden, die mit NGA und SOGAT in Auseinandersetzungen über neue elektronische Technologien stehen« (FT 15.7.85).

Die Gerüchte über ein solches Anti-Streikabkommen wurden zwar immer wieder dementiert und Murdoch hat das Alleinvertragsabkommen mit der EETPU bis heute nicht abgeschlossen. Fakt ist aber, daß heute etwa 180 EETPU-Mitglieder täglich in gut gesicherten Bussen nach Wapping eingeschleust werden und dort Streikbrucharbeit verrichten.

Was ist die Grundlage der Politik einer solchen »marktwirtschaftlich ausgerichteten« Gewerkschaft, die mit 355 000 Mitgliedern immerhin die achtstärkste Gewerkschaft im TUC ist? Die Antwort liegt auf der Hand, wenn man zur Kenntnis nimmt, daß die von der EETPU für Wapping angeheuerten Arbeitskräfte zumeist vorher arbeitslos waren und z.B. aus ehemaligen Hafengebieten mit hoher Arbeitslosigkeit stammen.

Wenn in Regionen wie Süd-Wales oder Schottland mit einer Arbeitslosigkeit von über 15% die Tochtergesellschaften multinationaler Elektrofirmen Montagebetriebe auf der grünen Wiese errichten, kann man sich denken, daß die dort Lebenden Arbeit zu fast allen Bedingungen annehmen.

Die Massenarbeitslosigkeit und der Niedergang der »alten« Industrien wie Bergbau oder Stahlindustrie hat den gewerkschaftlichen Organisationsgrad in der britischen Wirtschaft von 55% in den siebziger Jahren auf 45% herabgedrückt. Diese Tendenz zum »non-unionismus« (Nicht-Gewerkschaftertum) in Großbritannien — die auch in anderen kapitalistischen Ländern nicht unbekannt ist — hat ihren Kern in der ökonomischen Zersetzung der Organisationsbasis der alten britischen Facharbeitergewerkschaften. Gerade am Beispiel des Londoner Druckerstreiks zeigt sich aber auch, daß eine kämpferische Betriebs-Praxis nicht verhindert hat, daß angesichts von Massenarbeitslosigkeit und verschärfter Repression gegen gewerkschaftliche Aktivitäten im Betrieb immer größere Teile der Arbeiterklasse den Ausweg in der Anpassung an die Krise suchen. Der Autoritätsverlust der reformistischen Gewerkschaftsführung bei den eigenen Mitgliedern ist ein Ausdruck dieser Entwicklungstendenz.

Daß bei Murdoch 1000 LKW-Fahrer, die in der Transportarbeitergewerkschaft TGWU organisiert sind, trotz »closed shop« die Anweisung ihrer Gewerkschaftsführung mißachtet haben, keine Streikpostenkette zu überqueren, zeigt dies ohnehin. 700 neue Fahrer hat TNT zu diesem Zweck angeworben, die alle ihre Mitgliedskarte in der TGWU erhielten.

Die EETPU hat die Alternative »Anpassung oder Widerstand«, vor der die gesamte britische Gewerkschaftsbewegung heute steht, eindeutig entschieden. Nicht mehr das Klassenbewußtsein und der

Berufsstolz des gewerkschaftlich organisierten Industriefacharbeiters ist die Grundlage einer solchen Gewerkschaft, sondern das atomisierte, von keinerlei gewerkschaftlicher und politischer Kampftradition verbundene Arbeiterindividuum des Spätkapitalismus: *„Das Modell eines Gewerkschaftsmitgliedes“* — so heißt es treffend in *„Marxism Today“* — *„dessen Interessen Familie, Heim und Besitz sind und das sich in einigen finanziellen Transaktionen engagieren will, bei denen die Gewerkschaft ihm und zugleich sich selbst nützlich sein kann“*.

Der Nutzen einer solchen Gewerkschaft muß sich nicht zuletzt dadurch beweisen, daß sie ihren Mitgliedern nicht nur in ihrer Eigenschaft als Arbeiter, sondern auch als Konsumenten etwas zu bieten hat. Für britische Verhältnisse war es eine Neuheit, als Hammond während des Druckerstreiks auf einer Pressekonferenz im Waldorf Hotel in London ein *„Dienstleistungspaket“* für seine Mitglieder vorstellte, das von der Hausrats- und Lebensversicherung bis zur Anlageberatung so ziemlich alles umfaßte, was der moderne Arbeitnehmer in seinem Konsumentenleben angeblich alles braucht.

»Neue deutsche Welle« bei TUC und Labour?

Jeder Gewerkschafter in der BRD wird sich fragen, was denn an der Politik der EETPU und dem Verhältnis der Gewerkschaftsführung zu ihren Mitgliedern so außergewöhnlich ist. Verstehen sich denn die DGB-Gewerkschaften nicht seit je als ein *„Dienstleistungsunternehmen“* für ihre Mitglieder?

Für die britische Gewerkschaftsbewegung ist dies etwas Neues. Die EETPU ist nur der Vorreiter einer Tendenz innerhalb des TUC, die den Ausweg aus der Krise des traditionellen Gewerkschaftsreformismus der Nachkriegsära in einem unpolitischen Betriebsgewerkschaftertum nach japanischem Vorbild suchte. Sie hat die Anpassung an die thatcheristische Ideologie der Demokratie der Hausbesitzer und Kleinaktionäre zu einem gewerkschaftspolitischen Programm gemacht.

Wie breit diese Tendenz innerhalb des TUC ist, zeigte sich auf dem TUC-Kongreß im letzten September. Die TUC-Führung hatte der Metallergewerkschaft AUEW (mit 1,2 Mio. Mitgliedern die zweitgrößte TUC Gewerkschaft) den Ausschluß angedroht, weil deren Mitglieder sich mit einer Mehrheit von 12:1 für die Annahme von Staatsgeldern bei der Durchführung brieflicher Urabstimmungen von Streiks ausgesprochen hatte. Die Regierung will mit dieser neuen Gesetzesbestimmung den Druck auf die Gewerkschaften verstärken, vor Arbeitskämpfen die sog. *„schweigende Mehrheit“* der Gewerkschaftsmitglieder befragen zu müssen. Als der AUEW auf dem Kongreß der Ausschluß aus dem TUC angedroht wurde, erklärte EETPU-Chef Hammond, in einem solchen Fall den TUC zu verlassen und zusammen mit der AUEW und dem von der NUM abgespaltenen Bergarbeiterverband aus Nottingham einen eigenen Dachverband zu gründen. Die Beschlußfassung über den Ausschluß der AUEW wurde daraufhin ausgesetzt, um der AUEW Gelegenheit zu einer weiteren Urabstimmung unter ihren Mitgliedern zu geben.

Das Gespenst einer neuen, rechten Gewerkschaftszentrale schwebt auch über dem Kampf der Druckereikollegen bei Murdoch. Die Anträge von NGA und SOGAT auf Ausschluß der EETPU wegen des Streikbruchs in Wapping führten wieder zu einem der bekannten Gummibeschlüsse des TUC-Vorstandes. Die EETPU wurde als schuldig im Sinne der Vorwürfe der NGA befunden. Ihr wurde untersagt, bis zum Erreichen einer Übereinkunft der Druckergewerkschaften mit Murdoch keine neuen Mitglieder in Wapping zu werben. Die Forderung, daß die EETPU ihre Mitglieder von weiteren Streikbrucharbeiten **abhalten** sollte, wurde jedoch im TUC-Vorstand mit einer Mehrheit von 15:14 abgelehnt. Der Grund: eine solche Aufforderung wäre ungesetzlich gewesen und die EETPU hatte überdies für den Fall eines Ausschlusses bereits mit einer Gerichtsklage gegen den TUC gedroht. Der TUC-Vorstand hat seine Pflichtübung in Sachen Solidarität erfüllt, für die streikenden Kollegen bei Murdoch ändert dies jedoch nichts.

Die derzeitige politische Rechtsentwicklung innerhalb des TUC und der Labour Party schafft ein politisches Klima, in dem der Kampf der Kollegen in Wapping isoliert bleiben muß. Die Führungen der großen Gewerkschaften des Zentrums im TUC können sich einen Ausweg aus der Krise der britischen Gewerkschaften nur in einer erneuten Regierungsübernahme der Labour-Party vorstellen. Kinnock, der Labour-Vorsitzende, sagt allerdings schon heute, daß eine künftige Labour-Regierung **nicht** alle Gewerkschaftsgesetze der Tories zurücknehmen würde.

Das Konzept Kinnocks einer neuen Sozialpartnerschaft mit Staatsgarantie ist Teil seines ideologischen Kreuzzuges für eine

Erneuerung und *„Modernisierung“* der nationalen Industriebasis Großbritanniens. Das ökonomische Scheitern des *„Thatcherismus“*, der den Niedergang der Weltmachtstellung des britischen Industriekapitals nicht aufgehalten, sondern noch beschleunigt hat, ist der Ansatzpunkt einer solchen Politik. Die Gewerkschaftsapparate sollen auf politischer Ebene in einen Pakt mit dem nationalen Industriekapital eingebunden und im Betrieb kontrolliert werden. Die Mehrheit des TUC-Zentrums ist heute bereit, auch in den Betrieben die Zugeständnisse für eine solche, nicht zuletzt am Vorbild der BRD orientierte, Sozialpartnerschaft zu erbringen. Die Furcht vor einer Spaltung des TUC durch den *„Hammondismus“* ist eine entscheidende Triebfeder dieser Anpassungspolitik.

Vielmehr solle eine ganz neue Arbeitsverfassung geschaffen werden, die den Gewerkschaften erstmals in der Geschichte des britischen Kapitalismus das Streikrecht gesetzlich garantiert, aber auch die von Thatcher eingeleitete *„Demokratisierung“* der Gewerkschaften durch den Urabstimmungszwang beibehält. Kinnocks Vorstellungen laufen darauf hinaus, einen von der Regierung finanzierten Fond zu schaffen, den die Gewerkschaften in Selbstverwaltung für die Durchführung ihrer staatsbürgerlichen Aufgaben wie Urabstimmungen, Bildungsarbeit oder Berufsbildungsprogramme führen sollen. Im Gegenzug sollen die Gewerkschaften sich zu einer Mäßigung ihrer Lohnforderungen bereiterklären.

Auf diesem Hintergrund erklärt es sich, warum das Verhalten der Führungen von NGA und SOGAT auch bei uns ein Gefühl der Perspektivlosigkeit hinterläßt. Im Klartext: Die Beschränkung der Gewerkschaftsaktivitäten auf Öffentlichkeitskampagnen und das Bestreben der Führungen, nicht mit den Gewerkschaftsgesetzen in Konflikt zu kommen, ist auch ein Stück Öffentlichkeitsarbeit zur Wiederherstellung des ramponierten Erscheinungsbildes der Labour Party. *„Wenn es uns diesmal nicht gelingt, Labour dranzukriegen“*, sagt der NGA-Vorsitzende Dubbins, *„werden einige von uns als bald nicht mehr zu sehen sein“* (FT 12.4.86).

Und die Vorsitzende der SOGAT, Brenda Dean, stellt fest: *„Die Regierung hat im letzten Jahr einen großen Teil ihrer Glaubwürdigkeit verloren... Unser Verhalten in diesem Konflikt ist so, daß wir die Anti-Gewerkschafts-Gesetze der Tories, auch wenn wir sie nicht mögen, anwenden und eine Urabstimmung unter unseren Mitgliedern durchführen. Wir haben ein 90 %-Ergebnis in einer geheimen Urabstimmung erzielt und da war niemand in Frau Thatchers Regierung, der uns dafür hätte kritisieren können... Ich glaube, alle diese Faktoren, zusammen mit dem Ansehensverlust von Frau Thatchers Kabinett in der Öffentlichkeit haben der öffentlichen Meinung darüber zu einer pragmatischeren Sichtweise verholfen“* (Marxism Today, März 86).

Deutlicher kann man kaum ausdrücken, daß die Führungen von NGA und SOGAT das Vertrauen in die eigene Kraft, das gerade die Belegschaften der Londoner Zeitungsindustrie immer wieder bewiesen, verloren haben.

Die 5500 Kollegen, die Murdoch entlassen hat, die seit Wochen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze streiken und damit einen **praktischen** Beitrag zum Kampf um die Erhaltung gewerkschaftlicher Rechte leisten, demonstrieren dieses Vertrauen in die eigene Kraft. Sie zählen zu jener Minderheit in der britischen Arbeiterbewegung, die — wie vor einem Jahr die Miners — den Kampf um ihre Jobs in die eigenen Hände genommen haben. Deshalb verdienen sie unsere volle Solidarität.

Wir wissen im Augenblick nicht, wie der Konflikt in Wapping ausgehen wird. Schon heute können wir jedoch feststellen, daß der Anpassungskurs der Mehrheit der britischen Gewerkschaftsführungen an die Gewerkschaftsgesetze der Thatcher-Regierung die britische Gewerkschaftsbewegung nicht davon bewahrt hat, nach dem Miners-Streik in einen Zustand der politischen Spaltung und innerer Konflikte geraten zu sein, der mit Recht in der bürgerlichen Presse als die tiefste politische Krise des TUC in der Nachkriegsära bezeichnet wird.

Angesichts des nicht endenden ökonomischen Niedergangs darf schon heute bezweifelt werden, daß die Anpassung an Kinnocks neue Sozialpartnerschaft die politische Zersetzung des traditionellen gewerkschaftlichen Reformismus aufhalten kann.

Die in der Auseinandersetzung um Wapping (und auch schon im Bergarbeiterstreik) sichtbare Spaltung der Arbeiterbewegung verlangt von uns jedoch eine offene politische Bestandsaufnahme der Ursachen und Auswirkungen solcher Spaltungsprozesse in der Arbeiterklasse, die — in anderer Form — auch bei uns existieren. Die Klärung dieser Fragen ist eine politische Aufgabe, die wir zu leisten haben, wenn wir der Zersetzung der gewerkschaftlichen Basis in den Betrieben durch Massenarbeitslosigkeit und Krise nicht hilflos gegenüberstehen wollen. ■ 18. 4. 86

Auseinandersetzungen gehen weiter

Vor etwas mehr als einem Jahr gingen die britischen Bergarbeiter nach 12 Monaten Streik zurück in die Zechen. Das Hauptziel des Streiks, die Arbeitsplätze im Kohlebergbau zu erhalten, konnte nicht erreicht werden. Von 1982 bis zum Frühjahr 1986 wurde die Zahl der im englischen Bergbau Beschäftigten von über 200000 auf 148000 zusammengestrichen.

Allein seit dem Ende des Streiks im März 1985 wurden weitere 35000 Arbeitsplätze vernichtet. Die nationale Kohlebehörde NCB meldet eine Produktivitätssteigerung pro Mann und Schicht um 1,5% und den niedrigsten Produktionsausfall durch Streik seit 1942. Obwohl diese »Erfolgsmeldungen« eine ruhige und normalisierte Situation auf den Zechen vermuten lassen, ist die Kampfbereitschaft der Kumpel nicht gemindert.

Die Kohlebehörde nutzt ihren »Sieg« über die Bergarbeiter, um ihre Politik der »Zechensanierung« beschleunigt fortzuführen und den Druck auf die Bergleute in allen Bereichen zu erhöhen. So sollen die

- Produktivitätszulagen um umgerechnet bis zu 400DM pro Monat gekürzt werden,
- Produktivitätszulagen individuell von Zeche zu Zeche ausgehandelt werden, um die Spaltung der Belegschaften weiterzutreiben,
- Sicherheitsstandards in den Zechen verringert werden (z.B. Verlängerung der Einsatzdauer der Förderseile),
- Zuteilung von Zahlungen aus der Unfallversicherung erschwert werden.

Diese Maßnahmen der Kohlebehörde haben denn auch zur Folge, daß die Bereitschaft und der Wille zum Widerstand unter den Arbeitern Nahrung erhalten bzw. neu entfacht werden. Seit dem Ende des Streiks im letzten Jahr ist es entgegen dem Eindruck, den die Kohlebehörde vermitteln will, immer wieder zu Auseinandersetzungen und Streiks gekommen.

In Nordyorkshire streikte z.B. die Belegschaft der Mine »Prince of Wales« gegen die Verlegung von Streikbrechern auf ihre Zeche. Sie verweigerte die Zusammenarbeit mit den Streikbrechern und legte die Arbeit nieder. In Selby (Nordyorkshire) streikten die Bergleute gegen die Reduzierung ihrer Zuschläge und gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Sicherheitsbedingungen. »Die Politik der Kohlebehörde treibt die Kollegen zurück in die Arme der Gewerkschaften« und »der Streik war eine unersetzbare Erfahrung für die Kumpel« (aus einem Interview mit Steve Vickers, Bergarbeiter auf Sharlston und örtlicher Laboursekretär). Obwohl der Anteil derer, die heute aktiv sind, nicht wesentlich höher ist als vor dem Streik, läßt sich eine Politisierung unter den britischen Bergarbeitern feststellen.

Die konkreten Erfahrungen des Streiks mit der Polizei, den Gerichten und der Gesetzgebung haben bei ihnen deren Funktion in der Gesellschaft deutlicher als je zuvor offengelegt. Gleichzeitig ist vielen Arbeitern während des Streiks die eigene solidarische

Kraft und die besondere Bedeutung von nationalen und internationalen Verbindungen innerhalb der Arbeiterschaft deutlich geworden.

Die weniger militante UDM (»Gewerkschaft der demokratischen Bergarbeiter«), die sich während des Streiks 1984/85 von der NUM abspaltete, kann sich bei den Bergleuten nicht durchsetzen. So stimmten 70% der NUM-Mitglieder des Bezirks Nordyorkshire im Februar 1986 für den Verbleib in der NUM und nicht für den Übertritt in die UDM. Auch die Bezirke Nordwales und Leicestershire stimmten für den Verbleib in der NUM. Nach Angaben des »Miner« strömten die UDM-Mitglieder in Nottinghamshire, ihrem stärksten Bezirk, zu Hunderten in die NUM, da sie begriffen, daß eine so kleine und wenig militante Gewerkschaft neben der NUM ihre Interessen nicht durchsetzen kann. Die Mitgliedszahlen der UDM gingen bis Februar 1986 von über 40000 auf ca. 24000 zurück.

Auf der politischen Ebene waren während des Streiks viele Aktive in den verschiedensten Unterstützungsgruppen engagiert. Vor allem die Frauen der Bergarbeiter nahmen hier eine besonders wichtige Stellung ein. Sie organisierten das Überleben in den Zechensiedlungen und bauten die nationale und internationale Solidaritätsbewegung mit auf.

Auch hier hat der Streik eine politische Bewußtseinsentwicklung bewirkt, die in den eher konservativen Strukturen der britischen Bergarbeiterfamilien besonders positiv zu werten ist. Doch diese Strukturen machten es nach dem Streik um so schwieriger, die Arbeit der Gruppen aufrecht zu erhalten. Dem aktiveren und bewußteren Teil der Frauen ist es vielfach nicht gelungen, die Arbeit in den Frauengruppen auf andere Themengebiete auszuweiten. Bei Fragen, die über die konkreten Probleme des Streiks hinausgingen, konnten viele Frauen keine Verbindung zu ihrer eigenen Situation feststellen.

Eine Fortführung der Arbeit gelang jedoch dort, wo weiterhin konkrete Unterstützungsarbeit geleistet wurde. Es muß aber auch festgestellt werden, daß viele Frauen zu ihrer traditionellen Rolle als Hausfrau und Mutter zurückgekehrt sind.

Die Frauengruppen und Solidaritätskomitees, die trotz aller Schwierigkeiten ihre Arbeit fortführen, beteiligen sich zur Zeit an der von der NUM und dem TUC initiierten Kampagne »Gerechtigkeit für die entlassenen Bergleute«, die die Öffentlichkeit auf folgende Probleme aufmerksam machen will:

- 6 Bergleute sind immer noch in Haft
- 500 Bergleute sind aufgrund ihrer Aktivitäten im Streik nicht wieder eingestellt worden,
- Das NUM-Vermögen ist immer noch beschlagnahmt.
- Die Zechenstilllegungen gehen weiter.

Durch Großdemonstrationen — die letzte fand am 2. März dieses Jahres statt —, Solidaritätskonzerte, Flugblattaktionen etc. wollen sowohl die Gewerkschaften als auch die Solidaritätskomitees den Druck auf das Parlament in London erhöhen.

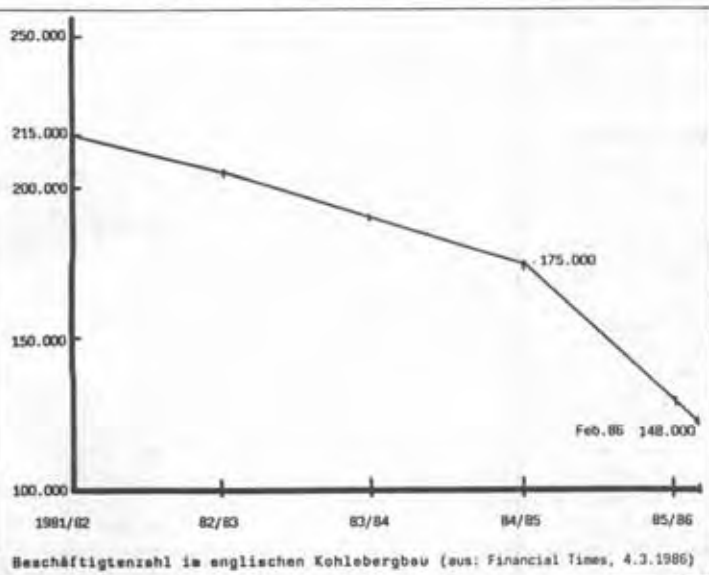
Es läßt sich feststellen, daß der Bergarbeiterstreik 1984/85 wesentlich zu einer Politisierung großer Teile der Bevölkerung in Großbritannien beigetragen hat, was jedoch fehlt, ist eine politische Kraft, der es möglich ist, diese politisierten Kreise organisatorisch zusammenzuhalten und die begonnene politische Klärung fortzusetzen.

A. Enderle, H. Schreiner, J. Walcher, E. Weckerle

Das rote Gewerkschaftsbuch

Vollständiger Nachdruck der Broschüre »Das rote Gewerkschaftsbuch« aus dem Jahre 1932. 192 Seiten, Inhaltsverzeichnis, Einleitung und ein Vorwort zur Neuherausgabe. Klebebindung, Format 14,5 x 21,0 cm, Preis 6,- DM.

GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG
DES STUDIUMS DER ARBEITERBEWEGUNG e.V.
Postfach 15 02 47 · 2800 Bremen 15



Wer redet eigentlich von den Beschäftigten?



Was ist überhaupt die Neue Heimat? — *«Die NH ist ein Instrument der gewerkschaftlichen Wohnungs-, Wirtschafts-, Sozial- und Strukturpolitik. Hierin liegt ihre eigentliche Stärke... Die Gewerkschaften sind... alleinige Gesellschafter der NH, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH Hamburg...»*

So konnte man es in den *«Materialien zur Gemeinwirtschaft 1973»* lesen, herausgegeben von der Bank für Gemeinwirtschaft.

Die Anfänge der Neuen Heimat reichen zurück bis in die Weimarer Zeit. 1926 gründeten 62 Einzelgewerkschaften und ihnen nahestehende Organisationen die *«Gemeinnützige Kleinwohnungsbaugesellschaft, Groß-Hamburg»*. Diese wurde 1933 nach der Gleichschaltung der freien Gewerkschaften von der Deutschen Arbeitsfront übernommen und 1939 in *«Neue Heimat, gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der DAF im Gau Hamburg»* umbenannt.

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges besaß die NH noch ca. 2000 Wohnungen neben 2300 Wohnruinen, 36 Ladengeschäfte neben 43 Ladenruinen. Das Vermögen der NH wurde nach Kriegsende von einem Treuhänder der Besatzungsmächte verwaltet. 1949 wurde zögernd die Rückerstattung an die Gewerkschaften eingeleitet, die sich bis 1955 hinzog. 1964 hatte der NH-Konzern 34 vordem selbständige Gesellschaften des genossenschaftlichen bzw. freigewerkschaftlichen Wohnungsbaus vereinigt.

Das Grundkapital beträgt 60 Millionen, das Bilanzvolumen über 20 Milliarden. Größter Anteilseigner unter den Einzelgewerkschaften ist neben dem DGB die IG Bau-Steine-Erden.

In den Anfangszeiten des Wiederaufbaus waren noch traditionelle Vorstellungen aus der Genossenschafts- und freien Gewerkschaftsbewegung in dem Konzern vorherrschend, die in dem Maße, in dem die Neue Heimat auf den kapitalistischen Bau- und Grundstücksmarkt drängte, immer mehr verloren gingen.

Im September 1985 meint Kollege Breit: *«Was viele von uns sich erhofft haben, ist nicht eingetreten. Die Gewerkschaften sind in der Diskussion um die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen in die Defensive geraten...»* (Handelsblatt 30.9.85).

Die nicht eingetroffenen Hoffnungen sind, daß *«Gemeinwirtschaft»*, *«paritätische Mitbestimmung»*, *«Sozialverantwortung»*, und ähnliche Träume in der Krise wie der Schnee in der Sonne schmelzen. Die große Hoffnung nach Ende des 2. Weltkrieges bei führenden sozial- und christlich-demokratischen Gewerkschaftern und Genossenschäftlern war es, daß die Gemeinwirtschaft, allen voran die Neue Heimat, ein Modell für einen *«sozialen Kapitalismus»* werden könne, der den bankrotten Kapitalismus nach dem Zusammenbruch des 3. Reiches und dem verlorenen Krieg ersetzen sollte durch die Sozialpartnerschaft. Jetzt muß der DGB eingestehen, daß er *«viel zu optimistische Wachstumsprognosen und Einschätzungen der Einkommensentwicklungen»* gehabt hat. (6.3.86)

Man macht es sich leicht, wenn man die Ursachen im Versagen des Managements und unternehmerischem Fehlverhalten sucht. Das sind nicht die wirklichen Ursachen der Schwierigkeiten der NH. Wachstumsraten zwischen 10 und 20% hatten in der Hochkonjunktur sich auf den Bauboom ausgewirkt; Vollbeschäftigung gibt es

nicht mehr, heute stehen 3—5% der Wohnungen bei der NH leer. Nicht etwa weil es keine Wohnungssuchenden gibt, sondern weil die Massenarbeitslosigkeit, auch wenn sie noch so clever verschleiert wird in der Statistik, wachsende Verelendung mit sich bringt. Mehr Wohnungssuchende, vor allem junge, teilen sich wegen der zu teuren Mieten Wohnungen und bilden Wohngemeinschaften. Familien, die unter langer Arbeitslosigkeit leiden, müssen ihre Wohnungen aufgeben; und viele junge Menschen, die keine Ausbildung oder Arbeit und damit kein Einkommen haben, müssen bei den Eltern wohnen bleiben. Im Baugewerbe wirkt sich die Krise am stärksten aus, die vorübergehende konjunkturelle Erholung der Wirtschaft hat dort am wenigsten Auswirkungen (besonders in den Bundesländern mit hoher Arbeitslosigkeit wie Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen). In der DGB-Erklärung vom 6.3.86 heißt es darum auch: *«Zahlungskräftige Mieter fehlen»*.

Wer trägt die Verantwortung?

Breit ist zuzustimmen, wenn er sagt: *«Die Verantwortung für die jetzigen Probleme kann nicht alleine bei der NH gesucht werden.»* — *«Alleine»*, — das stimmt! — *«Die allgemeine Wirtschaftsentwicklung hat die Sanierung der NH erschwert.»* — Für die allgemeine Wirtschaftsentwicklung sind weder die NH noch der DGB verantwortlich. Ihre Verantwortung liegt auf politischem Gebiet. Sie haben den kapitalistischen Wiederaufbau unterstützt und Glauben gemacht, sie würden dafür von der herrschenden Klasse Dank ernten.

Es eint Regierung, Banken und NH-Vorstand, daß sie nicht zugeben können, daß der Kapitalismus weltweit in einer tiefen Überproduktionskrise ist. Die Verantwortlichen schieben, da sie die Widersprüche nicht lösen können, die Probleme vor sich her oder einander zu. *«Sanieren»* heißt bei ihnen am Ende immer, die Lasten auf die untersten Bevölkerungsschichten abwälzen, hierin unterscheidet sich die NH allerdings nicht von anderen Unternehmen der *«freien Marktwirtschaft»*.

Warum überhaupt *«Sanierung»*?

wenn der DGB doch erklärt: *«Die NH hat genug Substanz, um die wirtschaftlichen Probleme aus eigener Kraft zu bewältigen. Aus den Streikkassen der Gewerkschaften sind in der Vergangenheit keinerlei Mittel an die NH geflossen...»*

Die 1,5 Milliarden, die für die Sanierung der Neuen Heimat Städtebau (NHS) und International und für die dann folgende Liquidierung gezahlt wurden, kamen doch von den 17 Einzelgewerkschaften. In einem Brief des Hauptvorstandes der IG Druck vom 10.11.82 an Kollegen, die Aufklärung forderten, heißt es u. a.: *«Daß es trotzdem eine finanzielle Beteiligung der IG Druck und Papier gibt, hat Gründe, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit liegen und sich heute der Kritik und Verantwortung, bezogen auf Personen entziehen.»* — Das Ergebnis dieser *«Beteiligung»* sieht so aus: *«Bei der NHS wurde das Geschäftsvolumen konsequent zurückgeführt... wobei zur Abdeckung... finanzielle Mittel der Gesellschafter in Höhe von rund 1,5 Milliarden notwendig waren»* (DGB 6.3.86).

Also von den Gewerkschaften. Und wo ist der Gegenwert für die 1,5 Milliarden?

Die Gewerkschaftsgründung BGI (=Beteiligungsgesellschaft Immobilien-), bei der viele Wohnungen »parken«, lebt auch von Gewerkschaftsbeiträgen. Diese Auffanggesellschaft BGI hat, um der NH zu helfen, 23000 Wohnungen der NH gekauft. Der Verdacht entsteht, daß die BGI durch den rechtzeitigen Ankauf der besten Wohnungen das zurückholen sollte, was bei der Sanierung der NHS verbuttert wurde. Aber damit hatte die BGI bzw. der DGB kein Glück. Je mehr Wohnungen verkauft werden, desto mehr drückt das auf die Verkaufserlöse. Immer mehr potentielle Käufer warten auf niedrigere Preise.

Warum aber wurde 1982 bei der NHS nicht der Konkurs erklärt? Hätte der DGB die nicht-gemeinnützige NHS nicht vor dem Konkurs gerettet mit über einer Milliarde, wäre die BIG kaputt gegangen — und damit auch die Neue Heimat Gemeinnützig und andere mit. Die Gläubigerbanken hätten die Eigentümer zur Kasse gebeten.

In den Jahren der Konjunktur hatten die Vorstände der NH ein gutes Geschäftsverhältnis zu Kommunen, Ländern, Banken und Versicherungen. Das gute Verhältnis drückte sich u. a. in dem Aufstieg von Vorständen und Aufsichtsräten in die Haute volée aus. Sie waren geschätzte Party-Teilnehmer, Golfclubmitglieder und Verdienstkreuzinhaber. Die guten Freunde von damals gehen sich aber heute aus dem Wege, denn die Geschäftsgrundlagen ihrer Freundschaften sind nicht mehr da. Die Zahl der Freunde der NH aus der Konjunktur schmilzt zusammen. Ernst Breit hält Moral gegen Profitgesetze. Er ermahnt die Freunde von gestern, die doch an den Geschäften teilhatten, vor allem die Banken, die bei der NH kräftige Zinsgeschäfte machen, sie sollten doch daran denken. Die aber antworten ihm: Grüß mich nicht unter den Linden!, und sehen weg. Jetzt, wo die Geschäfte nicht mehr so gut gehen, gieren die Banken nach den Gewerkschaftsbeiträgen und dem Gewerkschaftseigentum. Daher der Streit um die Aberkennung der Gemeinnützigkeit als Erpressungsmittel. Die Antwort des DGB und der NH ist einmal: von den Gewerkschaften gibt es kein Geld aus den Streikkassen; ein anderes Mal erklärt Breit dann wieder: *»Es kann natürlich Situationen geben, bei denen ein Überdenken der Beschlüsse gefordert sein kann. Das bezieht sich in erster Linie auf den Sanierungsweg, über den entschieden werden muß und der nicht unabhängig von der Bereitschaft und Fähigkeit Dritter, sich daran zu beteiligen, festgelegt werden kann.«* (FR vom 5. 4. 86)

Nordrhein-Westfalen

Widerstand der NH-Beschäftigten gegen Arbeitsplatz-Abbau

Am 24. 3. tagten die Anteilseigner (Einzelgewerkschaften) im DGB-Haus Düsseldorf. Ca 50 Kolleginnen und Kollegen hatten dort vor dem Sitzungszimmer eine Mahnwache mit Fackeln aufgestellt. Bei Regen und Wind haben sie 2 Stunden ausgehalten und offenbar auch Aufmerksamkeit bei den Gewerkschaftsvertretern ausgelöst.

Am Tage darauf fand in Neuß die Aufsichtsratssitzung statt. Von den zahlreich versammelten Belegschaftsangehörigen hatten ca. 35 Kollegen schwarze Kleider angezogen und sich weiß geschminkt. Sie hielten ein 10 Meter langes Spruchband hoch: *»Unsere Leichen leben noch.«* Breit, Teitzel und Hoffmann kamen zu ihnen raus, und Breit sicherte Bemühungen um die Arbeitsplätze zu — ohne jedoch Versprechungen zu machen. Die Tarifgewerkschaften IG Bau-Steine-Erden und HBV hielten sich auf Distanz, von ihnen kam keine Solidaritätserklärung mit ihren Mitgliedern vor der Tür. Nachmittags fand mit den Aufsichtsrats-Mitgliedern ein Gespräch statt, das ohne die sonst üblichen boshaften Bemerkungen der Geschäftsleitung verlief. In diesem Gespräch kam die Unsicherheit des Aufsichtsrates über die Zukunft der Neuen Heimat zum Ausdruck. Zur Sprache kam unter anderem die beschlossene Verlängerung der Verträge der Geschäftsführung (Bund) um 5 Jahre mit der Begründung, daß bei einer kürzeren Verlängerungs-

Der Streit um das »neutrale« Gutachten

Über die finanzielle Lage der NH werden die unterschiedlichsten Angaben gemacht: einige sagen, es gäbe ein 7 Milliarden-Loch, andere sprechen von 4 Milliarden Reserven.

Wo noch was zu holen ist, da kreisen die Aasgeier. Schneider (Wohnungsbauminister) fordert ein »neutrales Gutachten«, die Länder schließen sich bis auf Hessen und NRW dieser Forderung an, die NH lehnt ab. Die Regierung droht mit der Aberkennung der »Gemeinnützigkeit« (d. h. Steuervergünstigungen), wenn nicht ein von ihr gewünschtes Gutachten beschafft wird.

Zunächst hatte Hoffmann (Vorstandsvorsitzender der NH), wie aus seinem Schreiben an den Bundeskanzler hervorgeht (10. 1. 86), an die »Verantwortung« des Bundeskanzlers appelliert, *»wenn es darum geht, Lösungen zu finden.«* Bei den Verhandlungen mit Schneider am 5. 2. 86 hat dann Hoffmann die Forderung Schneiders, die »Treuarbeit« mit einem Gutachten zu beauftragen (Kostenpunkt 1 Million DM) nicht eindeutig zurückgewiesen.

Die NH hat die von Schneider gewünschte Prüfstelle erst später abgelehnt, weil sie ihre von den Ländern kontrollierten eigenen Prüfungsorgane hat. Die Regierung ist natürlich daran interessiert, zu möglichst negativen Prüfungsergebnissen für die NH zu kommen, um den Anteil der gewerkschaftlichen Beteiligung an der »Sanierung« der NH möglichst hoch und den der Gläubiger entsprechend niedriger zu halten. Die Regierung fordert, daß die Gewerkschaften, da sie ja Steuergelder für die NHG erhalten haben, an der Sanierung mitwirken. Das war bei der NHS anders, die war nicht gemeinnützig, hat aber Gewerkschaftsgelder bekommen.

Das Dilemma der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften stehen nicht in unversöhnlichem Gegensatz zu dieser kapitalistischen Ordnung, sie bejahen sie nicht nur, sie stehen mittendrin und verteidigen sie gegen die Kritiker in den eigenen Reihen. So wie sie die Konjunkturvorteile mitnahmen, sollen sie nach Meinung der Regierung und der Banken auch die Nachteile des Niederganges tragen. Die Gewerkschaften werden in der Krise vor die Entscheidung gestellt, ob sie an der Rettung der niedergehenden kapitalistischen Ordnung wiederum teilnehmen wollen oder nicht. Keiner will die Pleite der NH, weil alle betroffen wären; solange noch Substanz da ist, wollen alle die Sanierung, umstritten ist nur die Höhe des Anteils daran.

zeit die Öffentlichkeit davon ausgehen würde, daß das Unternehmen nicht zu retten sei. Die Verlängerung für die oberen Herren wirft die Frage auf, ob sie damit vielleicht zum »Schweigen« über ihnen bekannte Ungereimtheiten gebracht werden sollen. Ist diese Methode eine andere, als es die Machenschaften zu Zeiten Vietors waren? Außerdem ist die Vertragsverlängerung bei einer eventuellen Pleite der NH vor Vertragsende ein gut gepolsterter Abgang für diese Herren — auf Kosten derjenigen, die die Arbeit in den Büros machen und dann gehen müssen.

Die Beschäftigten wurden aufgefordert, ihrerseits ein Konzept zu entwickeln. Doch die von ihnen geforderte Mitbestimmung durch ein zusätzlich zu wählendes Mitarbeitergremium wurde abgelehnt, dafür seien die Vertreter der Beschäftigten im AR zuständig (die bekanntlich der Schweigepflicht unterworfen sind).

Frister mußte zugeben, daß bei dem Verkauf der 2300 Wohnungen an das Land NRW keine Gespräche wegen der Übernahme der Mitarbeiter geführt wurden. Er sagte aber zu, daß in dieser Hinsicht Gespräche geführt werden sollten. Der Hauptkassierer der IG BSE klagte, daß er seit Jahren Prügel bezöge auf Gewerkschaftsveranstaltungen, wo immer wieder gesagt würde, die NH habe schon genug Geld bekommen, andere Firmen würden ja auch in Konkurs gehen, und dann ständen die Mitarbeiter auch auf der Straße. Was antworten die Gewerkschaftsvertreter eigentlich, wenn CDU/FDP im Wahlkampf sagen werden, die gewerkschaftseigenen Unternehmen würden ja auch Beschäftigte auf die Straße setzen? Wulf-Mathies meinte, man müsse für die NH die »bestmögliche Lösung« suchen, um einen Konkurs zu verhindern. Vom Unternehmerstandpunkt kann eine Konkursverhinderung z. B. durch Entlassungen eine Möglichkeit sein. Sie verließ das Gespräch vorzeitig, da sie zum Flugzeug müßte. Breit ging kurz danach, weil er noch einen Fernsehtermin wahrnehmen müsse.

Breit deutet an, welche Wege die DGB-Führung gehen will: *«Klare Trennung der gewerkschaftlichen von den gemeinwirtschaftlichen Tätigkeitsfeldern»* (Handelsblatt 30.9.85). — Der NRW-Minister Farthmann schlägt vor: Alles verkloppen, so schnell wie möglich. Sein NRW-Ministerkollege Zöpel erklärt: *«Wir tragen bei dem Kauf der Wohnungen keine arbeitsmarktpolitische Verantwortung»*. — So treten sie in der Krise ihre eigenen Ideale von gestern mit Füßen. Nichts ist übrig von der paritätischen Mitbestimmung. Da ist auch kein Unterschied zu anderen Unternehmen, die die Vorzüge dieser Mitbestimmung genießen dürfen. Auch deshalb wollen die Vorstände verhindern, daß Betriebsräte vor den Gewerkschaftskollegen über das Funktionieren der »paritätischen Mitbestimmung« informieren.

Die Verteidigung der Gewerkschaftsgelder und des gewerkschaftlichen Wohnungseigentums erfordert den Kampf gegen diejenigen, die es plündern wollen. Deshalb ist die Zusammenarbeit der Beschäftigten der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen mit den Gewerkschaftskollegen für beide Teile lebensnotwendig. ■

Hamburg

SPD-Senat hat kein »Herz für Kinder« mehr

Vormittags am 3. März 86 bekam das Hamburger Rathaus unerwartet Besuch von ca. 200 Eltern, Erziehern und Kindern aus einzelnen städtischen Kindertagesheimen (KTH's). Sie versuchten, beim Ersten und Zweiten Bürgermeister Resolutionen abzugeben. Wer jedoch die Hoffnung hatte, Dohnanyi persönlich sprechen zu können, wurde enttäuscht. Dieser ließ sich entschuldigen mit der Begründung, er sei in einer anderen wichtigen Angelegenheit unterwegs. Für 17 Uhr des gleichen Tages hatte die Hamburger Elterninitiative zu einer Kundgebung auf dem Gerhardt-Hauptmann-Platz mit anschließendem Marsch auf den Rathausmarkt aufgerufen. Mehr als 3000 Eltern, Erzieher und Kinder beteiligten sich an der Kundgebung und strömten anschließend auf den Rathausmarkt, wo sie aufgebracht den Ersten und Zweiten Bürgermeister aufforderten, zu ihnen herauszukommen. Es wurde jedoch nur eine kleine Delegation von Sozialsenator Ehlers im Rathaus empfangen, dem dann die mitgebrachten Unterschriftenlisten, Resolutionen und zahlreiche selbstgebastelte »Geschenke« für die Senatoren übergeben wurden. Darunter befand sich z. B. das Schuhkarton-Modell eines KTH's der Zukunft: 30 Puppen sitzen festgeschnallt im Viereck und werden von Kameras überwacht.

Für den lautstarken Protest auf dem Rathausmarkt hatten die dort Versammelten allen Grund; denn wieder einmal machte sich der Hamburger Senat daran, bei den städtischen KTH's Einsparungen zu beschließen. Einen Tag später, am 4. März, faßte der Senat folgenden Tendenzbeschuß:

1. Die »Vereinigung der städtischen Kindertagesheime Hamburgs« (kurz: »Vereinigung«) soll aus der jetzigen privatrechtlichen Vereinsform in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform — entweder auf die Bezirke verlagert oder in einen Landesbetrieb (LHO) — umgewandelt werden mit dem Ziel, die erweiterte Mitbestimmung zu zerschlagen und die KTH's der Sparquote des übrigen öffentlichen Dienstes zu unterwerfen.
2. Die Früh- und Spätdienste sollen durch Zusammenfassung von Kindern aus benachbarten Heimen erheblich eingeschränkt werden.
3. Die Schulkinderhorte sollen erst um 11 Uhr öffnen.
4. Für jeweils die Hälfte der KTH's sollen während der Schulferien dreiwöchige Betriebsferien eingeführt werden. (Eltern, die von ihrem Arbeitgeber keinen Sommerurlaub erhalten, müssen ihre Kinder künftig für 3 Wochen in ein fremdes Heim geben).
5. Die stellvertretenden Heimleitungs- und die Krippenabteilungsstellen sollen gestrichen werden.
6. Im Reinigungsbereich sollen 20 Personalstellen gestrichen und es soll geprüft werden, weitere Stellen einzusparen.

7. Für den Neubau von KTH's sollen 31 Stellen aus anderen KTH's abgezogen werden.

Dieser Beschluß kam für die Betroffenen nicht überraschend. Wie bereits in »Arbeiterpolitik Sept. 85« berichtet, hatte der Senat im Frühjahr 1985 der Unternehmensberatungsfirma Knight-Wendling für 439 000,- DM den Auftrag erteilt, die »Vereinigung« betriebswirtschaftlich zu durchforsten. Im Dezember 85 lag der Bericht vor. 900 Stellen — das entspricht 1 200 Arbeitsplätzen — sollten nach dieser Untersuchung wegfallen. Bei den Betroffenen löste der Bericht Empörung aus. Jeder 4. Arbeitsplatz in der »Vereinigung« erschien den »Wendlingern« als überflüssig.

Um die städtischen Kindertagesheime mit Tagesheimen freier Träger, z. B. der Kirchen, zu vergleichen, bekam die Firma Knight-Wendling zum Vergleich die Daten der freien Träger von der Behörde und konnte ohne Wissen der freien Träger — und unter Umgehung von Datenschutzbestimmungen — diese mituntersuchen.

Die ÖTV und der Betriebsrat der »Vereinigung« machten gegen die Untersuchungsergebnisse mobil und schafften es auch, der Firma Knight-Wendling methodische Fehler und damit eine Reihe gewonnener Daten als fehlerhaft nachzuweisen.

Eine Argumentationshilfe für die Kolleginnen und Kollegen der »Vereinigung« war auch ein von Senator Ehlers in Auftrag gegebenes Gegengutachten der Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales, das nicht weniger, sondern 400 Stellen mehr für die KTH's forderte.

Senator Ehlers distanzierte sich in ungewöhnlich scharfer Form von der Organisationsuntersuchung und machte deutlich, daß sie für ihn keine Diskussionsgrundlage für Personaleinsparungen sei.

Damit setzte er sich in Widerspruch vor allem zu Bürgermeister Pawelczyk, der der direkte Auftraggeber der Knight-Wendling-Studie ist. Daß Pawelczyk und nicht der als fortschrittlich geltende Ehlers die Mehrheitsposition im Hamburger Senat repräsentiert, machte der Senatsbeschuß vom 4. 3. deutlich.

Diese »rechte« SPD-Mehrheit hatte mit der Knight-Wendling-Studie Material in der Hand, um ihre schon lange Zeit geplanten Personaleinsparungen in den Hamburger KTH's durchzusetzen. Sie brauchte diese Studie als Rechtfertigung, weil bisher alle Versuche (1984 und 1985) Personalkürzungen vorzunehmen, am Widerstand von Eltern und Erziehern scheiterten.

Innerhalb der SPD zeigen sich aufgrund dieser Sparpolitik im Sozialbereich deutlich Risse. Vor allem einfache SPD-Mitglieder zeigen sich empört über den krassen Widerspruch zwischen den in Parteiprogrammen festgelegten Grundsätzen sozialdemokratischer Familienpolitik und dem tatsächlichen Handeln der sozialdemokratischen Senatsmehrheit. Eine ganze Reihe von SPD-Bürgerschaftsabgeordneten haben sich auf Druck von Eltern und dem Betriebsrat der Vereinigung öffentlich gegen Personalkürzungen in den KTH's ausgesprochen.

Auf jene SPD-Abgeordneten, die es mit ihrem sozialen Gewissen und ihrem sozialdemokratischen Selbstverständnis nicht vereinbaren können, Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung zu betreiben, setzen Betriebsrat und ÖTV. In einer aufwendigen Kampagne versuchen sie, durch Einzelgespräche und auf Versammlungen die Abgeordneten in ihrem Sinne zu beeinflussen. Ebenso rufen sie die Elternvertreter der KTH's dazu auf, die SPD-Abgeordneten ihrer Wahlkreise aufzusuchen, um sie zu überzeugen, gegen die geplanten Personaleinsparungen aktiv zu werden.

Die Besuche von SPD-Abgeordneten in Heimen, ihre Beteiligung an Elternversammlungen, also ihr offensichtliches Interesse an den Problemen der »Vereinigung« sollte aber nicht mißverstanden werden. In ihrer Mehrheit stellen diese Abgeordneten den vom Senat auferlegten Grundsatz, im öffentlichen Dienst zu sparen, nicht in Frage. Nur über die Art und Weise und das Ausmaß bestehen Differenzen.

So könnte das neuerliche Interesse der SPD-Abgeordneten an den KTH's den Grund haben, durch Gespräche mit Eltern und Erziehern die Bereiche herauszufinden, bei denen der geringste Widerstand zu erwarten ist, wenn dort eingespart wird. Ein besonders sensibler Bereich wäre z. B. die Streichung der Früh- und Spätdienste, während die Konsequenzen einer Umwandlung der »Vereinigung« in einen LHO-Betrieb — und damit die reibungslosere Verwirklichung der Sparpläne — auf Elternversammlungen wenig Beachtung finden.

Der **STREIK** im Hafen

Morgenpost VOLLTREFFER
Spiegel 18
Lesezeit 10 Min.
C 1986A

Schlappe für Senat und SPD-Spitze:

Kein Sparen auf dem Rücken der Kinder!

Dietmar Schönherr
Urwaldorf überfallen

Wie wenig Verlaß auf sogenannte fortschrittliche Kräfte in der SPD ist, mußte jetzt sogar der Betriebsrat der »Vereinigung« erfahren. Er hatte die »engagierte Frauenrechtlerin« Eva Rühmkorf — Vorsitzende der Leitstelle für die Gleichstellung der Frau — um Unterstützung gegen den Tendenzbeschluß des Senats gebeten und sie zur kommenden Betriebsversammlung eingeladen. Die als »linke« Sozialdemokratin bekannte Politikerin lehnte ab mit der Begründung, sie stehe zwar persönlich auf Seiten der Betroffenen, unterläge aber als Angestellte der Senatskanzlei der Senatsdisziplin.

Auch der SPD-Landespartei Vorstand hat inzwischen im wesentlichen dem Senatsbeschluß zugestimmt — nicht ohne jedoch zu betonen, daß sozialdemokratische Politik schon immer das schwächste Glied innerhalb der Gesellschaft, das Kind, gefördert habe.

Auch die Hamburger Elterninitiative unternahm zahlreiche Versuche, Druck auf SPD-Abgeordnete auszuüben. Die vielfältigen Aktionen auf Stadtebene (Unterschriftensammlungen, Laternenumzüge zu bezirklichen Parteibüros, Diskussionsveranstaltungen mit Abgeordneten, Aktionen vor Bezirksämtern) führten, da sie ohne sichtbaren Erfolg blieben, zu erheblichen Ermüdungerscheinungen bei Eltern.

Dazu kommt, daß die »Vereinigung« den Eltern in den KTH's über gewählte Elternbeiräte begrenzte Mitwirkungsrechte eingeräumt hatte, so daß die Eltern in wachsendem Maße diesen Elternvertretern die Initiative überließen. Dies mag auch ein Grund sein für die im Vergleich zur Demonstration am 19.6.85 (20000 Teilnehmer) geringe Beteiligung der Eltern an der Protestkundgebung am 3.3.86. Trotzdem blieben diese Aktionen nicht ohne Wirkung.

Am 14.4.86 trat schließlich die SPD-Bürgerschaftsfraktion zusammen und traf folgende Entscheidung:

1. Für die Organisationsform sollen 2 Vorschläge **geprüft** werden:
 - a) entweder einen Verein zu gründen, der stärker als der jetzt bestehende Verein von der Behörde »Arbeit, Jugend und Soziales« getrennt wird, oder
 - b) eine »Kindertagesheime GmbH« zu gründen.

Die bestehenden erweiterten Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates will die SPD-Fraktion im Gegensatz zum Senat dabei nicht antasten. Bei beiden Lösungen würden die KTH's nicht zwangsweise unter die Sparquote des öffentlichen Dienstes fallen.

Welchen Sinn kann die Veränderung der Organisationsform haben? Bei einer Umwandlung der »Vereinigung« in eine neue Organisationsform müßten zumindest für alle der 4000 Beschäftigten neue Arbeitsverträge mit einem neu zu wählenden Betriebsrat ausgehandelt werden. Eine große Chance für Pawelczyk & Co, weitere Verschlechterungen für die Beschäftigten durchzusetzen!

2. Die Früh- und Spätdienste bleiben in der jetzigen Form erhalten.
3. Die Schulkinderhorte sollen erst um 11 Uhr öffnen. Die KTH's sind aber verpflichtet, die Schulkinder bereits um 8 Uhr aufzunehmen, wobei es völlig unklar bleibt, wie die Kinder zwischen 8 Uhr und 11 Uhr betreut werden.
4. Betriebsferien sollen eingeführt werden. Allerdings werden die Regelungen darüber noch mit dem Betriebsrat ausgehandelt.

SENAT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

SENATSAMT FÜR DEN VERWALTUNGSDIENST

Personalamt

Hamburg, im März 1986

Fernsprecher: 36 81 450

Behördennetz: 9 31 450

An alle vollbeschäftigten

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

der Freien und Hansestadt Hamburg

Sehr geehrte Damen und Herren!

Von den vollbeschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des hamburgischen öffentlichen Dienstes wird vielfach der Wunsch geäußert, aus persönlichen Gründen in eine Teilzeitbeschäftigung überzugehen.

Bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage kann die Teilzeitbeschäftigung außerdem dazu beitragen, zusätzliche Arbeitsplätze für Arbeitssuchende bereitzustellen. Dies ist auch deshalb wichtig, weil aus Gründen der Haushaltskonsolidierung eine Stellenvermehrung ausgeschlossen ist.

Der Übergang in die Teilzeitbeschäftigung, die entweder drei Viertel, die Hälfte oder einen anderen Anteil der regelmäßigen Wochenarbeitszeit betragen kann, steht im Ermessen der Dienststelle. Falls Sie nähere Einzelheiten über die rechtlichen Voraussetzungen und die finanziellen Auswirkungen erfahren möchten, lassen Sie sich bitte durch Ihre Personalabteilung beraten. Auf Wunsch steht Ihnen sicher auch Ihr Personalrat zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Neben dem direkten Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst geht der Hamburger Senat auch den indirekten Weg.

Buzek

5. Anders als bisher geplant, sollen bei Heimen zwischen 130 und 180 (nur 6 Heime) Kindern (die Krippenkinder nicht mitgezählt) eine 50prozentige, bei Heimen unter 130 Kindern eine 30prozentige Heimleitungsververtretung bewilligt werden. Nur bei Heimen über 180 Kindern (ganze 4 Heime in Hamburg) bleibt die Heimleitungsververtretung erhalten.

6. Im Reinigungsbereich soll nicht eingespart werden.

7. Für den Neubau eines KTH's (im Haushaltsjahr '86) sollen nicht die geplanten 31 Stellen aus anderen KTH's abgezogen werden.

Darüber hinaus wurde in internen Beratungen eine weitere Sparvariante ausgeheckt. Nach Knight Wendling sind die KTH's nicht ausgelastet, da Kinder aus unterschiedlichen Gründen fehlen und sich deshalb immer eine Differenz zwischen Belegungs-Soll und Ist-Zustand ergibt. Diese Differenz soll durch Doppelbelegung ausgeglichen werden mit der Folge, daß sich die Gruppenfrequenzen z.B. im Elementarbereich von jetzt schon 22 Kindern weiter erhöhen.

Wie sind diese Beschlüsse einzuschätzen?

Zwar hat sich die SPD-Fraktion unter dem Druck der Eltern, der ÖTV und des Betriebsrates genötigt gesehen, Teile des Senatsbeschlusses zu revidieren (die Hamburger Morgenpost spricht sogar von einer »Schlappe für Senat und SPD-Spitze«). Doch muß man ganz nüchtern sehen, daß sich die SPD-Abgeordneten erstmalig für den Bereich der Hamburger KTH's auf einen eindeutigen Sparbeschluß geeinigt haben, der in einem erheblichen Umfang Arbeitsplätze vernichten wird. Indem die Abgeordneten die sensiblen Bereiche (Früh- und Spätdienste) ungeschoren lassen und Einsparungen bei für viele Eltern weniger brisanten Bereichen (Schulkindertbetreuung und stellvertretende Heimleitung) beschließen, hoffen sie, die Elternschaft zu spalten und damit ihren Protest zu untergraben. Daß die SPD-Fraktion mit ihrem Sparbeschluß geschickter als der Senat mit seinen Einsparvorschlägen in der Vergangenheit vorgegangen ist, liegt nicht zuletzt daran, daß sich viele SPD-Abgeordnete durch Diskussionen mit Eltern und Erziehern ein besseres Stimmungsbild in den KTH's verschaffen und damit ein differenziertes Sparmodell entwickeln konnten.

Interessant für das Zustandekommen des Sparbeschlusses ist es auch, daß die Gewerkschaftsvertreter (überwiegend ÖTV-Mitglieder) in der SPD-Fraktion für den Sparbeschluß stimmten, obwohl sich die ÖTV vorher eindeutig gegen jegliche Sparvorhaben in den KTH's ausgesprochen hatten. Dieser Beschluß der SPD-

Fraktion wird die Organisierung des Protestes von Eltern und Erziehern nicht vereinfachen.

Erschwerend kommt hinzu, daß die Orientierung des Protestes auf SPD-Abgeordnete wenig mobilisierend für die Beschäftigten der »Vereinigung« war. Zwar sind sie während der Auseinandersetzung mit Knight-Wendling und dem Senat durch die ÖTV mit Informationen versorgt worden. Doch wurden sie niemals darauf vorbereitet, sich zukünftig auf härtere Auseinandersetzungen einzustellen.

Viele Eltern und Erzieher setzten vielmehr bei den vorangegangenen Protestmaßnahmen auf das Verständnis sozialdemokratischer Bürgerschaftsabgeordneter gegenüber den Interessen der Kinder, appelliert wurde an die Moral der Abgeordneten: »Man kann doch nicht gerade an denen sparen, die sich am schlechtesten dagegen wehren können!« Die Ursachen dieser Sparmaßnahmen liegen jedoch nicht in der besonderen Herzlosigkeit der Hamburger Sozialdemokraten, sondern in der wachsenden ökonomischen Krise begründet, die den sozialdemokratischen Reformvorstellungen die materielle Grundlage entzieht.

Zur Zeit des konjunkturellen Aufschwungs — als dementsprechend auch die Staatskassen noch gefüllt waren — konnte sich Hamburg noch ein »Herz für Kinder«, also relativ gut ausgestattete Kindertagesheime leisten.

Aber damit ist es vorbei. Immer mehr Steuergelder fließen in Notprogramme für arbeitslose Jugendliche, Sozialhilfeempfänger etc., die kurzfristig das wahre Ausmaß der ökonomischen Krise verschleiern sollen. »Die Ausgaben für Sozialleistungen im 86er Haushalt erreichen fast eine Milliarde, das ist eine Verdoppelung innerhalb von fünf Jahren... Wir sind im Würgegriff steigender Ausgaben für Sozialausgaben und sinkender Einnahmen als Füller der ökonomischen Krise«, jammert L. Hajen, SPD-Bürgerschafts-abgeordneter in der »Hamburger Lehrzeitung« 3/86. Eine Antwort auf diese Probleme weiß er nicht; er fordert (von wem eigentlich?) die Umverteilung unternehmerischer Gewinne, er will »den Reichen so ans Portemonnaie gehen, daß die Mittel dort hingebacht werden, wo Bedürfnisse noch zu befriedigen sind.«

Aber wie dies möglich sein soll, ohne die herrschenden Besitzverhältnisse anzutasten, darauf bleiben uns auch die »linken« Sozialdemokraten eine Antwort schuldig. Da weder von ihnen noch von den sogenannten rechten SPD-Bürgerschaftsabgeordneten die eigentliche Ursache des wachsenden Sozialabbaus in Frage gestellt wird, nämlich die kapitalistische Wirtschafts- und Eigentumsordnung, verbleiben sie in diesem »Würgegriff«, und es geht ihnen nur darum, die »Sparopfer« mit Rücksicht auf die sozialdemokratische Wählerschaft möglichst gleichmäßig zu verteilen. Die Hoffnungen, die die Beschäftigten der »Vereinigung« und die Eltern auf das Abstimmungsverhalten der »fortschrittlichen« Kräfte in der SPD setzen, muß demgemäß in Enttäuschung münden.

Aus 186 KTH's, mit ca. 4000 Beschäftigten, kamen etwa 2000 zu einer außerordentlichen Betriebsversammlung am 21. April ins Gewerkschaftshaus. Sie standen bis auf die Straße — trotzdem blieb alles ruhig. Die Betriebsräte verkündeten ihre Lagebeurteilung: Es ist alles nicht so schlimm, der Beschluß der SPD-Fraktion gibt uns noch die Möglichkeit, Einfluß zu nehmen — Hinweis auf einen Antrag linker SPD-Abgeordneter, die gravierenden Kürzungsvorschläge zurückzunehmen.

Im deutlichen Widerspruch zu den Betriebsräten stand der ÖTV-Sekretär Rose, der dem Standpunkt der Elterninitiativen nahe kam und feststellte, daß der Fraktionsbeschluß einen eindeutigen Abbau der Leistungen der KTH's zur Folge haben wird. »Auch Nichtteilstellungen sind Personalabbau!« Von 1981 bis '85 seien schon 14 Mill. DM Kürzungen bei den Sachmitteln vorgenommen worden.

Die Diskussion unter den Kolleginnen und Kollegen war nur sehr zaghaft. Eine stellvertretende Heimleiterin las einen Protestbrief an die Senatoren vor. Auf der nächsten Betriebsversammlung soll dann diskutiert werden.

Es wird in Zukunft wichtig sein, die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Beschäftigten der KTH's auf eine neue Grundlage zu stellen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn die Kolleginnen und Kollegen der KTH's eigenständige Protestmaßnahmen beschließen, die dann von den Eltern praktisch unterstützt werden können.

■ 17. 4. 86

Information

Information

Information

Verehrte Kundschaft.

Aus langjähriger Erfahrung an den Lebensmittelkassen wissen wir, wie nervenaufreibend das Warten, packen der eingekauften Lebensmittel auf das Förderband, die Kontrolle des Preissettens in die Kasse, und gleichzeitiges einpacken in die Taschen sein kann.

Wir wissen aber auch, daß es viele tausend Jugendliche gibt, die auf der Straße liegen, (arbeitslos) fast schon die Lust am Leben verloren haben, weil die Gesellschaft sie nicht in die Arbeitswelt aufnehmen kann oder will.

Darum haben wir vom "Jugend hilft Service" die Idee gehabt, beides miteinander zu koppeln. Wir wollen den Jugendlichen mit Ihrer Hilfe Arbeit verschaffen.

Daher werden Jugendliche in Zukunft in allen Lebensmittelabteilungen, wo man uns arbeiten läßt, am Ende des Kassensbereiches stehen, (Gekennzeichnet durch gelbes Sweetshirt Aufschrift "Jugend hilft Service" und dunkelblaue Jeans) und Ihre eingekauften Lebensmittel fachgerecht in parat gehaltene Taschen oder Tüten einpacken. Die Kunden sind erfreut und zufrieden, und die Jugendlichen haben das Gefühl, wir alle brauchen auch sie.

Da das "Jugend hilft Service" absolut nichts mit den Lebensmittelgeschäften zu tun hat, sind die Mädchen und Jungen auf Ihre Spende angewiesen. Wir möchten Sie daher bitten, Ihre Geldspende direkt in das an jeder Kasse stehende Sparschwein zu stecken. Da wir keine Sponsoren haben, werden die Jugendlichen nur aus dem Sparfond bezahlt. Wenn Sie mal nichts spenden können, oder wollen, sind wir Ihnen trotzdem gerne behilflich.

Ist in Ihrer Familie auch ein arbeitsloser junger Mensch ab 16-25 Jahre der dringend einen Nebenverdienst braucht, rufen Sie an, wir werden versuchen auch Ihnen zu helfen.

Vielen Dank und freundliche Grüße

Ihr

"Jugend hilft Service"

Tel.: 651 46 53 19.00 - 20.00 Uhr

»Jugend hilft Service«

Die schnelle Mark – nur für wen?

Ein junger Gewerkschaftskollege schickte uns diese Drucksache und schrieb dazu:

Wer in dem Lebensmittelgeschäft »Eurospar« in der Landesbankgalerie einkauft, hat das zweifelhafte Vergnügen, es mit dem »Jugend hilft Service« zu tun zu bekommen. Dieser »Service« hat Jugendliche angeworben, die für ein geringes Entgelt den Kunden am Ende des Massenförderbandes beim Einpacken ihrer Waren behilflich sind. Die Kundschaft wird durch kleine Schilder neben der Kasse auf die Arbeit der Jugendlichen aufmerksam gemacht. In rührenden Worten wird um eine kleine Spende für »unsere arbeitslose Jugend« gebeten, die so fleißig und fachgerecht behilflich war. Das »Trinkgeld« kann der Kunde in ein bereitgestelltes rosa Sparschwein stecken.

Versuche, bei den Jugendlichen genaueres über ihre Arbeit und den »Jugend hilft Service« zu erfahren, stoßen zunächst auf wenig Entgegenkommen. Das liegt wohl daran, daß es schon Proteste gegen den »Jugend hilft Service« gegeben hat, und jede kritische Frage von den Jugendlichen als eine potentielle Bedrohung ihrer Arbeit angesehen wird. Nach anfänglichem Zögern war dann doch folgendes herauszukriegen:

- Der »Jugend hilft Service« arbeitet nach amerikanischem Vorbild.
- Die Jugendlichen bekommen pro Stunde aus dem »Sparschwein-Fonds«, 6,- DM ausgezahlt. Wo der Rest bleibt, haben sie nicht gesagt.
- Sie haben keine Arbeitsverträge mit dem »JhS« oder »Eurospar«. Sozialversicherungs- und Krankenversicherungsbeiträge werden nicht gezahlt.

- Der »Jugend hilft Service« arbeitet unabhängig von »Eurospar«. Das Geschäft »Eurospar« bietet ihm lediglich die Gelegenheit, in seinen Verkaufsräumen tätig zu werden.
- Angeblich gibt es oder gab es Verhandlungen zwischen dem »Jugend hilft Service« und »Eurospar« über eine Zusammenarbeit auch in anderen Filialen.
- Der »Jugend hilft Service« war unter der auf dem Informationsblatt angegebenen Telefonnummer nicht zu erreichen.

Nach diesen Informationen liegt der Verdacht nahe, daß es sich beim »JhS« nicht um eine selbstlose Organisation handelt, die es sich ernsthaft zum Ziel gesetzt hat, einen wirkungsvollen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu leisten. Vielmehr scheint hier jemand unter dem Deckmäntelchen einer klebrigen Humanität die schnelle Mark

mit der Arbeitslosigkeit machen zu wollen. Die Jugendlichen werden veranlaßt, sich auf skandalöse Arbeitsbedingungen einzulassen, und dem Kunden wird vorgewalkelt, mit Almosen ließe sich der Jugendarbeitslosigkeit beikommen.

Die Aufgabe der Gewerkschaft liegt hier nicht nur darin, die ungeheuerlichen Praktiken des »JhS« zu unterbinden, sondern auch darin, den Jugendlichen, die dort »beschäftigt« sind, zu helfen. Ihnen nutzt es wenig, wenn der »JhS« seine Arbeit einstellt — die Gewerkschaften werden ihnen dadurch nicht sympathischer. Deswegen ist es notwendig, daß die Gewerkschaft an den »JhS« und die Jugendlichen, die dort arbeiten, herantritt und klare Forderungen auch im Interesse der Jugendlichen formuliert. Die Jugendlichen brauchen einen geregelten Arbeitsvertrag, und der vermeintlich wohl-tätige Anspruch des »JhS« muß überprüft werden.

Hamburg, 25. 2. 1986 ■

Fortsetzung von S. 4

● Vergeblich haben sich die USA um die Erhaltung ihres Einflusses im Sudan bemüht. Über 450 Millionen Dollar US-Hilfe sind im letzten Jahr in dieses Land geflossen, mehr als in irgendein anderes Land südlich der Sahara. Vorerst vergeblich! Nach dem Sturz Numeiris ist das strategische Bündnis zwischen Sudan und Ägypten in erster Gefahr. 1985 hat der Sudan seine Beteiligung an den regelmäßigen US-Manövern »Heller Stern« in Ägypten ein gestellt und ein Militärabkommen mit Libyen unterzeichnet. Zu Äthiopien hat der Sudan seine Beziehungen normalisiert.

● Libyen bildet zur Zeit das Hauptangriffsziel der USA (nach dem Scheitern im Libanon und Iran). Die Libyer ihrerseits können sich dem Druck der USA und ihrer Verbündeten als kleines Land mit 3 Millionen Einwohnern nur erwehren, wenn sie Unterstützung aus der arabischen und afrikanischen Bevölkerung erhalten (Daher ihr gutes Verhältnis zur palästinensischen Bewegung).

● Der Angriff auf Tripolis und Benghazi wird von den USA als Vergeltung für den Anschlag auf ein Westberliner Vergnügungslokal hingestellt. Es gibt keinerlei Beweise für die amerikanische Behauptung, hinter diesem Anschlag stände die libysche Regierung o. ä., nur »Hinweise« und — wie Kohl gehorsam hinzusetzte — »nachrichtendienstliche Erkenntnisse«, von denen sein Koalitionspartner Bangemann auch nichts wußte. Sogar der oberste Verfassungsschützer Hamburgs, Lochte, erklärte, es gäbe keine Beweise für die amerikanischen Behauptungen. Wie solche Dinge fabriziert werden, haben wir in den letzten Jahren oft genug erlebt — auch in der BRD.

● Die Vorgehensweise der USA erinnert an die Bombardierung Hanoi als Antwort auf einen angeblichen Überfall der Nordvietnamesen auf die amerikanische Flotte in der Tonking-Bucht (1964). Damit erreichte der amerikanische Präsident die parlamentarische Zustimmung zur Kriegsausweitung in Vietnam. Später stellte sich die Begründung als unwahr heraus.

● Der Bombenangriff auf Tripolis und Benghazi zeigt aber auch, wie wenig die westeuropäischen Verbündeten der USA mitzureden haben. Sie dürfen zustimmen — gefragt oder ungefragt.

● Die Verlogenheit der Diplomatie findet ihren Ausdruck in dem Verhalten des britischen Außenministers Howe, der auf der Außenministerkonferenz der europäischen Nato-Mitglieder dafür eintritt, den USA von militärischen Aktionen gegen Libyen abzuraten, während zur gleichen Zeit seine Regierung bereits an den amerikanischen militärischen Aktivitäten beteiligt ist. Griechenland wirft den übrigen Außenministern vor, daß sie alle von dem bevorstehenden Angriff gewußt haben, aber in der Absicht, Griechenland zur Zustimmung ihrer Maßnahmen gegen Libyen zu gewinnen, geschwiegen haben. Auch der Außenminister der BRD, Genscher, »war noch in Europa darüber unterrichtet worden, daß sich Ronald Reagan für die militärische Option entschieden hatte«. (»Welt«, 18. 4. 86)

● Was »Terrorismus« ist, bestimmen die USA und ihre Verbündeten. So ist die Unterstützung der Contras in Nicaragua z. B. »Verteidigung der Freiheit« — für die USA und ihre Verbündeten.

● Die amerikanischen Angriffe auf Libyen bringen für die Bevölkerung der europäischen Länder, in denen sich amerikanische Militärstützpunkte befinden, ernste Gefahren. Alles Gerede der deutschen Politiker und Parteien, daß die Aufrüstung der BRD notwen-



Terroristenjäger mit übereifrigem Jagdhund

dig sei wegen der Gefahr, die aus den sozialistischen Ländern, besonders der SU, käme, erweisen erneut ihre Haltlosigkeit. Nicht der Angriff aus der SU wird befürchtet, sondern die westlichen Verbündeten der USA müssen ihren Beitrag leisten zur Kriegsvorbereitung gegen diejenigen Staaten, die sich von ihrem Einfluß lösen wollen. Die Weigerung Libyens, die alten, von ausländischen Mächten (besonders den USA) beherrschten Eigentumsverhältnisse wiederherzustellen, soll gebrochen werden.

● Die Bevölkerung der USA hat niemals die Auswirkungen des Bombenkrieges im eigenen Land erfahren. Sie ist daher relativ leicht auf Kriegshysterie einzustimmen — solange der Krieg weit weg in anderen Ländern und Erdteilen stattfindet und die Verluste nicht allzu spürbar sind. Der amerikanische Militarismus klagt sich selber an in dem grinsenden Gesicht Reagans vor der Pressekonferenz in Washington, ein Bild, das durch die Welt ging nach dem Bombenangriff gegen Libyen.

● Die anti-amerikanische Stimmung, die auch in der BRD wächst, genügt nicht, um die von den USA ausgehende Weltkriegsgefahr zu mindern. Die »Schutzmacht« USA ist in der BRD auch gleichzeitig Besatzungsmacht. Auf welche Seite sollen sich die Arbeiter und Angestellten der BRD in Zukunft stellen, wenn sie ihre Interessen wirksam vertreten wollen? Willy Brandt und andere führende Männer der Sozialdemokratie rufen zur internationalen Zusammenarbeit gegen den Terrorismus auf. Sie müssen klar sagen, mit wem sie zusammenarbeiten wollen. Mit den USA und deren Verbündeten in der Welt, die die kapitalistische Ordnung mit militärischen Mitteln erhalten wollen? Dazu müssen wir nein sagen. Mit denen, die für die Befreiung von der kapitalistischen Herrschaft unter Führung der USA kämpfen wollen? Ja. Der Kapitalismus kann uns keinen Frieden bringen. Wer aber den Frieden will und keinen 3. Weltkrieg, der muß den Kampf gegen die Kriegsursachen aufnehmen — im eigenen Land zuerst! Und das ist immer noch die kapitalistische Ordnung. ■